

LTW 0 LTW-Programm - gendergerechte Sprache

Gremium: LAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 09.11.2016
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm
Thema: Landtagswahlprogramm

- 1 Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, das Landtagswahlprogramm
- 2 dahingehend zu überarbeiten, dass durchgängig gendergerechte Sprache verwendet
- 3 wird. Auch bei der vom Lavo geplanten sprachlichen Überarbeitung der endgültigen
- 4 Fassung sind die ausführenden Personen für geschlechtergerechte Sprache zu
- 5 sensibilisieren.

Begründung

Das LTW-Programm entspricht nicht unseren Beschlüssen bezüglich der Verwendung gendergerechter Sprache. Dies hätte vermieden werden können, wenn z. B. die Änderungen und, Streichungen der Entwürfe der Landesarbeitsgemeinschaften rückgekoppelt würden und die vorläufige Fassung des Programms rechtzeitig vor dem Landesparteitag an die Mitglieder kommuniziert worden wäre. Die vorgezogenen Checks für Finanzen und Recht sind im Ergebnis intransparent. Das Programmverfahren sollte wieder transparent, nachvollziehbar und verlässlich für alle Mitglieder sein.

LTW 1 NEUneu LTW-PROGRAMM - PRÄAMBEL

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

- 1 Liebe Schleswig-Holsteiner*innen,
2 wir wenden uns mit diesem Programm an Sie, denn wir sind fest davon überzeugt, dass
3 es besonders jetzt auf eine klare politische Haltung ankommt. Mehr denn je müssen
4 wir gemeinsam für die Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaft
5 eintreten. Wir müssen deutlich machen, dass Vielfalt ein Mehrwert ist und gerade in
6 Schleswig-Holstein die Toleranz gegenüber Minderheiten ein wichtiger Teil unserer
7 Identität ist. Sie haben es unmittelbar in Ihrer Hand, denn mit Ihrer Stimme
8 entscheiden Sie, welchen Beitrag Schleswig-Holstein auch künftig für eine
9 ökologische Politik und eine gleichberechtigte Gesellschaft leisten wird, in der
10 alle Menschen in Würde und Freiheit leben können.
- 11 Als Teil der Regierung haben wir GRÜNE in Schleswig-Holstein für politische
12 Stabilität gesorgt und das Land aus der ewigen Spirale von Skandalen und ständigen
13 Neuwahlen herausgeholt. Wir haben das geschafft, weil wir auf eine Kultur des
14 Miteinanders, des Zuhörens, der Beteiligung und des Kompromisses gesetzt haben. Mit
15 diesem Auftrag und dieser politischen Haltung möchten wir Schleswig-Holstein auch
16 in den kommenden fünf Jahren regieren.
- 17 Wir haben in den vergangenen Jahren viel für unser Land erreicht. Auch für die
18 kommenden Jahre haben wir viel vor!
- 19 Wir möchten Ihnen ein klares Angebot machen:
- 20 * Wir haben 100% Erneuerbaren Strom erzeugt, jetzt brauchen wir mehr, um mit der
21 Wärme- und Mobilitätswende durchzustarten.
- 22 * Wir haben Tierschutz und Ökolandbau vorangebracht, jetzt wollen wir die
23 europäischen Agrargelder neu und besser verteilen.
- 24 * Wir haben Knicks, Mooren, Naturschutzgebieten neuen Raum gegeben, jetzt wollen
25 wir die Moore besser schützen und eine neue Strategie für Biologische Vielfalt
26 entwickeln.
- 27 * Wir haben den Haushalt saniert, jetzt wollen wir die Infrastruktur erneuern.
- 28 * Wir haben den Schulfrieden hergestellt, jetzt wollen wir die
29 Unterrichtsversorgung auf 100% bringen.
- 30 * Wir haben die Kommunen mit Geld ausgestattet, jetzt wollen wir die Kita-Qualität
31 verbessern.
- 32 * Wir haben 35.000 Geflüchteten Zuflucht in der Not gegeben, jetzt geben wir Ihnen
33 ein zweites Zuhause.
- 34
- 35 *Wir GRÜNE haben die Frauenhäuser und -beratungsstellen, die Ausbildung in der
36 Pflege und die Krankenhäuser gestärkt, jetzt bauen wir sie weiter aus.
- 37 * Wir haben die Bürgerrechte gestärkt, jetzt kämpfen wir für den Schutz der
38 Privatsphäre und Rechtsstaatlichkeit im Netz.

39

40 * Wir haben eine Digitalstrategie formuliert, jetzt werden wir die Digitalisierung
41 von Wirtschaft und Gesellschaft gestalten.

42 Wir GRÜNE kämpfen für unsere Visionen mit einem klaren Kompass. Unsere Politik ist
43 ökologisch, gerecht und weltoffen. Sie schützt natürliche Ressourcen, fördert
44 sozial-ökologische Innovationen und Kreativität, denkt generationenübergreifend,
45 steht für Demokratie und Freiheit.

46 Wir können verstehen, wenn der eine oder die andere sich mit Blick auf diese
47 politischen Zeiten entmutigt fühlt. Wir bitten Sie, nicht den einfachen Weg zu
48 wählen oder denen Glauben zu schenken, die auf schwierige Fragen die schlichtesten
49 Antworten haben. Unser Programm ist visionär aber nicht utopisch, mutig aber nicht
50 leichtsinnig.

51 Wir GRÜNE wollen auch über Ihre Wahlentscheidung hinaus mit Ihnen gemeinsam an
52 einer Stärkung unserer Demokratie arbeiten. Überlassen Sie die Gestaltung nicht
53 Anderen, mischen Sie sich ein!

54 Wir brauchen SIE, um diese Konzepte auch umzusetzen.

55 Daher bitten wir am 07. Mai um Ihre Stimme.

LTW 2neu LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft. Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind. Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen. Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern.

Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und –recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

43 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

44 Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein
 45 gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir
 46 mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das
 47 Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und
 48 Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf
 49 unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf
 50 sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei
 51 Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten
 52 Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur
 53 Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu
 54 erzielen sind.

57 Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden
 58 ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung
 59 bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt
 60 wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind
 61 elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund
 62 in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

64 Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung
 65 versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

66 **Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen**

67 Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige
 68 Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen
 69 geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell
 70 zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche
 71 Regelungen.

72 Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen
 73 Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen,
 74 die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und
 75 sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

76 Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die
 77 Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner,
 78 die wir auch weiterhin unterstützen.

79 Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet,
 80 Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit
 81 Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke
 82 unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch
 83 enger zusammen.

84 Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen
 85 wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige
 86 Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen
 87 Schweiz einrichten.

88 Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag
 89 zur regionalen Wirtschaft.

90 Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und
 91 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln. Die Pflege kulturgeprägter
 92 Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch
 93 Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir
 94 sicherstellen. Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von
 95 Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

96 **Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder**

97 Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht.
 98 Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten
 99 Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen
 100 Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter
 101 fördern und ausbauen.

102 Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des
 103 Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken
 104 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft
 105 wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese
 106 Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO₂-Senken schaffen
 107 können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und
 108 Werkstoff.

109 Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den
 110 Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen,
 111 das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

112
 113 Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder
 114 nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

115 Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz
 116 im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden
 117 die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen
 118 und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der
 119 Allgemeinwohlleistungen.

120 Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-
 121 Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der
 122 Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen
 123 dürfen.

124 **Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik**

125 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch
 126 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
 127 intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu
 128 verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch
 129 die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die
 130 Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem
 131 Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die
 132 Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die
 133 Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen
 134 gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen
 135 Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit
 136 allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem

137 Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und
138 Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

139 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch
140 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
141 intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der
142 Weidetiere verbessern.

143 Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu
144 begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten.
145 Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen,
146 Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den
147 Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

148 **Sauberes Trinkwasser für alle**

149 Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem
150 Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen
151 allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren
152 unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer
153 höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft.
154 Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass
155 wir dringend handeln müssen.

156 Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche
157 Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen,
158 die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf
159 Bundesebene für die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide
160 als wirksames Instrument ein.

161 Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung
162 des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der
163 Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue
164 Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren
165 werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die
166 Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist
167 unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität
168 transparent zusammenzuführen, die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich
169 machen.

170 Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen
171 durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit
172 wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

173
174 Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an
175 leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür
176 sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden
177 und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

178 Über die Einbeziehung der Uferstrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in
179 den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten
180 Randstreifen schützen.

181
182 Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für
183 Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen.

184 Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir
185 das Ausbringen autochthonen Saatguts.

186 Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf
187 ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

188 Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
189 verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und
190 Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

191 **Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer**

192 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
193 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
194 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt
195 die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark
196 genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
197 und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere
198 Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und
199 gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden. Wir werden uns
200 auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das
201 aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen
202 zukünftig rechtssicher untersagt werden können. **In der Landesverordnung über die
203 Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten
204 schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben
205 den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht
206 vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt
207 den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.**

208 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

209 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von
210 internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins
211 zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor –
212 beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert
213 unterstützen.

214
215 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
216 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
217 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer
218 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

219 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

220 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler
221 Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung
222 und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt
223 es zu stärken.

224 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

225 Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt.
226 Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
227 lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete
228 Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

229 Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die
230 betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.

231 Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem
232 „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

233 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**
234 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

235 Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen
236 effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem
237 „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den
238 Krabbenfishern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere
239 Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

240 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
241 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
242 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
243 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
244 bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezonen in
245 Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem
246 langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten
247 Attraktionen für sanften Tourismus.

248 Ersetze Zeilen 129 - 150

249 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
250 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
251 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
252 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
253 bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber
254 erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

255 In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für
256 Grundsleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der
257 Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die
258 Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie
259 eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

260 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundsleppnetzfisherei den
261 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
262 umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

263 Offshore-Windparks sollen Schutzonen für die Natur unter Wasser bleiben. Sie
264 sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

265 In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als
266 bisher widerspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in
267 Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

268 Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um
269 neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

270 Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten
271 Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfisherei geschlossen werden

272 Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die
273 Freizeitfischerei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten
274 Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders
275 bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und
276 Umstiegshilfen anbieten.

277 Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft
278 nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem
279 EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich
280 weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs-
281 und Umstiegshilfen anbieten.

282 Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der
283 wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen
284 (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei
285 soll über die Einbeziehung in die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur
286 Schonung der Bestände leisten.

287 **Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen**

288 Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in
289 Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit. Wir bekräftigen
290 daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die
291 Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open
292 Data zur Verfügung gestellt werden.

293 In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative
294 Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen
295 übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten
296 Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

297
298 Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die
299 Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des
300 verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch
301 die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei
302 getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der
303 gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere
304 diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den
305 strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

306 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

307 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von
308 Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere
309 die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen
310 vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz
311 bringen.

312 **Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern**

313 Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu.
314 Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der
315 Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese
316 Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

317 Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche
318 nach Alternativen, Rückhaltungsmöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und
319 Schadstoffen vorantreiben.

320 Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die
321 Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen
322 Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schifffahrt muss ihren Teil zum Erhalt

323 unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer
324 entsorgen.

325 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-
326 Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und
327 Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung
328 der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von
329 kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion
330 von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe
331 und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

332 Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und
333 plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

334 **An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen**

335 Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land
336 Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie
337 "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige
338 Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen
339 hinterlegen.

340
341 Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist, verrohrte
342 und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer natürlichen Dynamik
343 überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu den hydrologischen,
344 biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein offenes Gewässer ist in
345 der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze Oberflächenwasser schnell
346 aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes Gewässer in der Regel nicht
347 leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im Rahmen von Wohn- oder
348 Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen künftig bereits in der
349 Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits bestehen, sollte der Rückbau
350 im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen. Hierbei wird zudem die ökologische
351 Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische Organismen deutliche verbessert
352 oder erst möglich gemacht.

353 **Den Menschen das Meer erlebbar machen**

354 Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die
355 vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln.
356 Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen
357 vertraut sein.

358 **Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt**

359 Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und
360 Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame
361 Projekte zur CO₂-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des
362 Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,
363 neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die
364 Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und
365 uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden.
366 Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen,
367 bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen. Die
368 Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert
369 werden.

370 Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch
 371 gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie
 372 Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadtgeholt.
 373 Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der
 374 Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch
 375 weiter unterstützen wollen.

376 **Vom Müll zum wertvollen Grundstoff**

377 Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel
 378 von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst
 379 wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten,
 380 Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr
 381 benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen
 382 wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von
 383 Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die
 384 Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als
 385 unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

386 **Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung**

387 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das
 388 Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden
 389 die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre
 390 nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

391 **Umwelt@Digital**

392 Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten
 393 (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in
 394 maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

395 Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür
 396 einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren,
 397 deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und
 398 Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der
 399 IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen
 400 werden.

401 Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse
 402 für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus
 403 Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

404 **Auf den Punkt**

- 405 • *Wir werden* eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und
 406 zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- 407 • eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz
 408 errichten,
- 409 • mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und
 410 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,
- 411 • mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als
 412 Open Data anlegen,

- 413 • die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative
- 414 Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- 415 • Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

416 **Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich**
 417 **und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden**
 418 **Lebensmitteln**

419 Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche
 420 Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich
 421 genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben
 422 den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

423 Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die
 424 Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die
 425 Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
 426 den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für
 427 Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

428 Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen
 429 Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

430 Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende
 431 Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten
 432 landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich
 433 alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der
 434 Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die
 435 landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

436 **Faire Preise für gute Nahrungsmittel**

437 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
 438 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung
 439 vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns
 440 und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen
 441 bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das
 442 Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite
 443 allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen.
 444 Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im
 445 Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien
 446 an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität
 447 können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

448 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

449 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
 450 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer
 451 Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der
 452 ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der
 453 Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt
 454 bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl
 455 sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht
 456 werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür
 457 brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die
 458 Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen
 459 Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft

460 und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer
461 Familien an.

462 **Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft**

463 Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
464 Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt
465 der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung
466 von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die
467 Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische
468 Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle
469 Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

470 Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige
471 Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für
472 öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und
473 Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung
474 der ländlichen Räume So werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22
475 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der
476 Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten.
477 Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in
478 die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei
479 den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere
480 ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

481 Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung
482 auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an
483 zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir
484 Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden
485 Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann.
486 Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von
487 Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja
488 voranzutreiben.

489 Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen
490 Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der
491 jeweiligen Region auszubauen.

492 Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den
493 Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der
494 Projektphase fest etabliert werde. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in
495 der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“
496 unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

497 **Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt**

498 Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen
499 und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten
500 einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der
501 ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist
502 der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber
503 hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse
504 "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden
505 Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und
506 Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

507 Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft

508 Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes
509 zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

510 Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine
511 wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben wir
512 ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im
513 Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden
514 wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese
515 Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als
516 Kohlenstoffsenke, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

517 Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker
518 bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem
519 starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch
520 geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben
521 dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die
522 getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden zur
523 Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

524 Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen
525 und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland
526 bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen
527 wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den
528 Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

529 Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken

530 Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse
531 oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die
532 Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine
533 Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer
534 größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer
535 bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl
536 und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im
537 Land.

538 Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei
539 systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese
540 Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine
541 unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund
542 fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der
543 Erzeugung.

544 Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen,
545 wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im
546 Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir
547 treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem
548 Bundesimmissionschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert
549 gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches
550 B-Plan-Verfahren.

551 Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht
552 wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken
553 beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative
554 tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand

555 besonders berücksichtigt werden.

556 _
 557 Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen
 558 Massentierhaltung
 559 Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen
 560 Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den
 561 Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg
 562 geplant werden.

563 **Lernen auf dem Bauernhof**

564 Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen
 565 sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017
 566 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkindern
 567 erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das
 568 Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und
 569 Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen
 570 erforderlich.

571 Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen
 572 saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer
 573 Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in
 574 sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

575 Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es
 576 viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

577 **Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte**

578 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den
 579 zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten,
 580 unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss
 581 darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung
 582 von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und
 583 die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden
 584 durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man
 585 sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen
 586 und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 587 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 588 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 589 Kantinen.

590 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

591 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 592 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 593 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 594 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 595 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 596 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 597 Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in
 598 Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 599 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 600 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 601 Kantinen

602 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

603 Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt
 604 passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das
 605 Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen
 606 (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser
 607 Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch
 608 tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
 609 Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen
 610 Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und
 611 regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

612 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

613 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 614 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 615 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 616 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 617 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 618 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 619 Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu
 620 ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und
 621 Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 622 einzusetzen.

623 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen
 624 produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes
 625 Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch
 626 ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
 627 Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in
 628 Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

629 **Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei**

630 Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von
 631 Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies
 632 abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame
 633 bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern
 634 eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich
 635 gekennzeichnet wird.

636
 637 Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von
 638 genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut
 639 werden.

640 **Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie**

641 Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer
 642 Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die
 643 Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der
 644 Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch
 645 Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger
 646 geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten
 647 und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die
 648 Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und
 649 Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

650 Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und
 651 andere blütenbesuchende Insekten entgegenreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und
 652 dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

653 **Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum**

654 Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht
 655 nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere
 656 Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum
 657 ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind
 658 und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale
 659 Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine
 660 Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

661 Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine
 662 ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr
 663 Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn,
 664 breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und
 665 Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und
 666 vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in
 667 Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte
 668 ländliche Entwicklungsprojekte.

669 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen
 670 eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die
 671 Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu
 672 entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

673 **Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital**

674 Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in
 675 Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.
 676 Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die
 677 sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird
 678 auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die
 679 Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und
 680 damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle
 681 Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige
 682 Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der
 683 Arbeitsplatzqualität.

684 Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote
 685 zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information,
 686 um bei den Angeboten zum „Smart Farming“ die Spreu vom Weizen trennen zu können.
 687 „Smart Farming“ ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße
 688 etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

689 Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu
 690 kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies
 691 ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-
 692 Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für
 693 Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

694 **Auf den Punkt**

- 695 • *Wir werden ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der*
- 696 *Wissenschaft einrichten*

- 697 • Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- 698 • Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- 699 • das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- 700 • in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte
- 701 bevorzugt einsetzen
- 702 • ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- 703 • die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

704 **Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und**
 705 **Haushaltung**

706 Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht,
 707 Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen
 708 zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

709 Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem
 710 Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der
 711 Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere
 712 Tierhaltung ist dringend geboten.

713 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und
 714 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine
 715 tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

716
 717 Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten
 718 überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanagement weiter etablieren und
 719 durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere
 720 Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

721 Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso
 722 verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren
 723 von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine
 724 anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten
 725 einsetzen.

726 Tierschutz ist eine zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet
 727 selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die
 728 Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir
 729 dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen
 730 vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

731 Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in
 732 der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die
 733 Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des
 734 Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung
 735 von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen
 736 resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

737 Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorgebracht werden. Wir
 738 unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das
 739 Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im
 740 Baugenehmigungsverfahren zu finden.

741 Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und
 742 Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der
 743 Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der
 744 Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im
 745 sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

746 Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind
 747 zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende
 748 Finanzierung der Tierheime einsetzen.

749 Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus
 750 auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf
 751 landeseignen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den
 752 Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

753 Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein –
 754 das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer
 755 Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von
 756 Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die
 757 Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

758 Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in
 759 Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen
 760 bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines
 761 Landestierschutzbeauftragten an.

762 Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der
 763 Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht
 764 zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie
 765 vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres
 766 als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

767 Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an
 768 Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden.
 769 Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung
 770 der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute
 771 kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei
 772 Fällen wie der Vogelgrippe.

773 Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb
 774 sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch
 775 Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

776 Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld
 777 Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen
 778 dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden.
 779 Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit
 780 speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

781 Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem
 782 jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen
 783 Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von
 784 männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas
 785 aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei
 786 erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend
 787 erforderlich

788 **Auf den Punkt**

- 789 • *Wir werden* uns für den Ausbau einer tierartgerechten und
790 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und
791 Weidehaltung,
- 792 • eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und
793 Puten auf den Weg bringen,
- 794 • für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- 795 • Tierheime finanziell unterstützen,
- 796 • uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- 797 • Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht
798 verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

799 **Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst**
800 **durch Information und Transparenz**

801 Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.
802 Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie
803 Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die
804 Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten,
805 wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel“ oder produktbezogene „CO₂-Fußabdrücke“.
806 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber
807 wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern,
808 Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

809 **Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern**

810 Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf
811 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern
812 eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer
813 unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die
814 Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

815 Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und
816 der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der
817 Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

818 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten.
819 Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach
820 bei uns im Land.

821 **Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt**

822 Bewusste Konsumententscheidungen setzen Transparenz voraus.

823 Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache
824 gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der
825 Drei“ – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir
826 die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und
827 Nordrhein-Westfalen, prüfen.

828 Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden,
829 wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und
830 effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der

831 Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen
 832 müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen
 833 Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen
 834 und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser
 835 Landeslabor weiter stärken.

836 **Verbraucher*innenschutz@Digital**

837 Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und
 838 Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile
 839 dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach
 840 fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl
 841 haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten
 842 online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
 843 Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung
 844 zügig umgesetzt werden.

845 **Auf den Punkt**

- 846 • *Wir werden* uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in
 847 Schleswig-Holstein einsetzen,
- 848 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung
 849 einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- 850 • uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark
 851 machen.

852 **Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen** 853 **Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus**

854 Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel
 855 abwenden kann. Die ersten Vorboten sind längst da: Unwetter, Starkregen,
 856 Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der
 857 Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die
 858 manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere
 859 Kinder hart treffen.

860 Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen
 861 sind die globalen Konsequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel,
 862 Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die
 863 Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C,
 864 möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses
 865 Ziel zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in
 866 Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der
 867 Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris.
 868 Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine
 869 Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der
 870 Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität –
 871 womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten
 872 Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

873 Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere
 874 Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren
 875 Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

876 **Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur**

877 Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen
878 Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch,
879 Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder
880 Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst
881 Mensch, Natur und Landschaftsbild.

882 Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas
883 aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten
884 werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die
885 Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und
886 Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu
887 Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden
888 die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände
889 von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des
890 Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern
891 strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur
892 Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das
893 nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den
894 Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeinwillen, aber das
895 Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die
896 Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam
897 erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir
898 veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen
899 Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

900 Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch
901 und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden
902 an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung
903 unumgänglich.

904 **Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung**

905 In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen
906 beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann
907 verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

908 Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten
909 Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand
910 von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich
911 setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den
912 Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

913 Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in
914 den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch
915 mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht.
916 Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die
917 intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

918 **Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen**

919 Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht
920 nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind
921 Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den
922 Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren
923 so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend
924 notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat

925 erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem
926 Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch
927 wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den
928 Klimaschutzzielen nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare
929 Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

930
931 Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser
932 Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand
933 montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder
934 Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für
935 Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung
936 auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine
937 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden
938 kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der
939 Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land
940 wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

941 **Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen**

942 Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren
943 uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so
944 den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein
945 sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig
946 wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden.
947 Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg
948 aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen
949 schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt
950 abgeschaltet.

951 In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und
952 Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen,
953 muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas
954 aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050
955 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle
956 und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist
957 wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu
958 erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung
959 zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns
960 der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025
961 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms
962 kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie
963 sich messen lassen.

964 **Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein**

965 Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO₂ durch Verpressung in unterirdische
966 Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch
967 weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab.
968 Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking
969 wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns
970 nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen
971 Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten
972 nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch
973 weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

974 **Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen**

975 Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit
 976 dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch
 977 umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter,
 978 Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie
 979 umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso
 980 wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten
 981 können.

982 **Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen**

983 Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und
 984 Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel
 985 der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle
 986 drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente
 987 Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum
 988 Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

989 Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der
 990 Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von
 991 freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei
 992 allen Verfahrensschritten sorgen.

993 Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir
 994 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der
 995 Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit
 996 spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045)
 997 begonnen wird.

998 Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch
 999 nach dem Abschalten nicht gesenkt.

1000 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des
 1001 Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische
 1002 Subventionen in die Atomindustrie.

1003 **Energie@Digital**

1004 Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein
 1005 zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur
 1006 Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung,
 1007 Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

1008 Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits
 1009 heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren
 1010 und sich als sogenannte „Prosumer“ neue finanzielle Möglichkeiten auf dem
 1011 Energiemarkt zu eröffnen.

1012 Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir,
 1013 wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll
 1014 nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des
 1015 Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen
 1016 Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzen uns dafür
 1017 ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz
 1018 hohen Datenschutzerfordernungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen

1019 unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher
1020 Smart Meter im Land fördern.

1021 **Auf den Punkt**

- 1022 • *Wir werden* die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr,
1023 *voranbringen,*
- 1024 • die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien
1025 *beachten,*
- 1026 • bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- 1027 • neue Effizienztechnologien unterstützen,
- 1028 • konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- 1029 • Stromnetze ausbauen,
- 1030 • Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- 1031 • alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- 1032 • alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

1033 **Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So**
1034 **bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in**
1035 **unser Schleswig-Holstein**

1036 Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt.
1037 Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus. Bei
1038 Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die
1039 zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital
1040 gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten
1041 können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige
1042 Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für
1043 Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive
1044 Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung,
1045 flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom
1046 Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der
1047 Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt
1048 und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der
1049 Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss). So soll ein neuer
1050 Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als
1051 Heimat für nachhaltige Start-Ups.
1052 Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten
1053 und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

1054 Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die
1055 glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit
1056 Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter
1057 Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und
1058 Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der
1059 Wirtschaft nutzen.

1060 **Gemeinsam anders wirtschaften**

1061 Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert
1062 darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

1063 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen
1064 Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und
1065 neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien,
1066 solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu
1067 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei
1068 denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen
1069 erbracht wird.

1070 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die
1071 Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen
1072 den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit
1073 ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und
1074 pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit)
1075 fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.

1076 Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung
1077 für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir
1078 gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie
1079 z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern
1080 zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von
1081 Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

1082 Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute
1083 gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-
1084 Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um
1085 nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrigschwelliger als
1086 bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte
1087 Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

1088 Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs)
1089 und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre
1090 Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen,
1091 schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

1092 **Nachhaltige Entwicklung stärken**

1093 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von
1094 Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können
1095 nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir
1096 wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und
1097 neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die
1098 Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

1099 Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische
1100 Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss
1101 machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl
1102 die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln
1103 berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen
1104 Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns
1105 dabei unterstützen.

1106 Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze,
1107 Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die
1108 internationalen Folgen widerspiegeln.

1109 **Handwerk hat grünen Boden**

1110 Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche
 1111 Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in
 1112 vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres
 1113 Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere
 1114 Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren
 1115 intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-
 1116 Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
 1117 Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von
 1118 Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres
 1119 leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile
 1120 auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die
 1121 Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als
 1122 Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten
 1123 wir.

1124 Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein
 1125 unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können.
 1126 Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

1127 Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie
 1128 brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie
 1129 Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise
 1130 Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und
 1131 besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf
 1132 Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten
 1133 aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

1134 **Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein**

1135 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen
 1136 ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine
 1137 nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im
 1138 digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit
 1139 Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von
 1140 anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines
 1141 Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation
 1142 der Akteur*innen vorantreiben.

1143 Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land
 1144 weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als
 1145 aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut
 1146 gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert,
 1147 so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen
 1148 Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente
 1149 Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in
 1150 besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben
 1151 mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle
 1152 ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld
 1153 gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

1154 Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von
 1155 den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

1156 **Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen**

1157 Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht,
 1158 stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue
 1159 Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den
 1160 Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und
 1161 mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und
 1162 Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot
 1163 wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen
 1164 den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und
 1165 nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-
 1166 Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn
 1167 nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

1168 **Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln**

1169 Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff
 1170 oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten
 1171 wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich
 1172 weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen
 1173 erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung
 1174 und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der
 1175 es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu
 1176 entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel
 1177 und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte
 1178 vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

1179 So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der
 1180 Industriegewende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als
 1181 zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und
 1182 Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als
 1183 auch für die industriellen Verbraucher.

1184 In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche
 1185 EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung
 1186 mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der
 1187 Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die
 1188 „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung
 1189 erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und
 1190 Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie
 1191 produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG
 1192 (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes
 1193 Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein
 1194 und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir
 1195 in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU
 1196 in den Norden holen.

1197 **Zugang zu schnellem Internet für Alle**

1198 Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-
 1199 Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits
 1200 jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis
 1201 zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie
 1202 anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent
 1203 erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung
 1204 vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um
 1205 den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir

1206 Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere
 1207 öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir
 1208 auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit
 1209 schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im
 1210 Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und
 1211 Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf
 1212 der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

1213 Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen,
 1214 um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir
 1215 werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um
 1216 mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

1217 **Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum**

1218 Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft.
 1219 Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der
 1220 Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir
 1221 weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

1222 **Starker Gesundheitsstandort**

1223 Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen
 1224 Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und
 1225 Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren
 1226 Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land,
 1227 um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die
 1228 Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von
 1229 Fachkräften unterstützen.

1230 **Nachhaltigen Tourismus ausbauen**

1231 Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-
 1232 Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee
 1233 sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die
 1234 Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich,
 1235 ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

1236 Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“. Energetische
 1237 Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter.
 1238 Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und
 1239 ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit
 1240 oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein.
 1241 Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike),
 1242 Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

1243 Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen
 1244 wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die
 1245 Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden
 1246 Chancen wollen wir nutzen.

1247 Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum
 1248 gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der
 1249 Natur.

1250 Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören
 1251 Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute

1252 Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und
1253 attraktive Tarife.

1254 **Ein Arbeitsmarkt für Alle!**

1255 Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der
1256 allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet.
1257 Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden.
1258 Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies
1259 alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen,
1260 für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es,
1261 bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

1262 **Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein**

1263 Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns
1264 fasziniert. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch
1265 in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein.
1266 Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die
1267 Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre
1268 drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und
1269 erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung,
1270 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und
1271 Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige
1272 Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an
1273 Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt
1274 ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale
1275 Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit
1276 unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire
1277 Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

1278 **Wirtschaft@Digital**

1279 Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den
1280 Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch
1281 die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-
1282 Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den
1283 Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

1284 Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die
1285 Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung
1286 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue
1287 Technologien – wie das autonome Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die
1288 Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch
1289 Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz
1290 oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

1291 Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern
1292 uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen
1293 Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und
1294 Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam
1295 mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die
1296 sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

1297 Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir
1298 werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter

1299 erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster
 1300 Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie
 1301 müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den
 1302 Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach
 1303 reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren.
 1304 Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der
 1305 Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen
 1306 von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen
 1307 Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten
 1308 der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlich einer
 1309 flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für
 1310 neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

1311 **Auf den Punkt**

- 1312 • *Wir werden* eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1313 • Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- 1314 • uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- 1315 • die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- 1316 • ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- 1317 • die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- 1318 • Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- 1319 • Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000
 1320 steigern,
- 1321 • einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

1322 **Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut 1323 ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten 1324 Mobilitätsangeboten**

1325 Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für
 1326 eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“
 1327 vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und
 1328 Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den
 1329 Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den
 1330 Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing
 1331 und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und
 1332 Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

1333 **Strukturen für E-Mobilität ausbauen**

1334 Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren
 1335 funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden
 1336 uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit
 1337 mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen
 1338 Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz
 1339 nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten.
 1340 Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

1341 In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit
 1342 angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es
 1343 darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren,
 1344 das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine
 1345 hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

1346 Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu
 1347 Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen.
 1348 Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen
 1349 umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen,
 1350 das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

1351 **Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden**

1352 *Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse*

1353 **Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität**

1354 Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass
 1355 zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen
 1356 für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

1357 Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar;
 1358 die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

1359 Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind
 1360 ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

1361 **Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen**

1362 Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und
 1363 Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen
 1364 ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die
 1365 von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den
 1366 Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote
 1367 und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen
 1368 setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker
 1369 zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so
 1370 insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger
 1371 Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

1372 **Lebenswerte Städte sind für Alle da**

1373 Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große
 1374 versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm,
 1375 Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in
 1376 unseren Städten.

1377 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden,
 1378 und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben.
 1379 Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr
 1380 Carsharing, Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles
 1381 Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie
 1382 familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

1383 **Mobilität ohne Lärm**

1384 Bislang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des
 1385 Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht

1386 für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung,
1387 aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an
1388 bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen
1389 endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen
1390 Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

1391 Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken
1392 kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht
1393 zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir
1394 werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen
1395 deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den
1396 Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

1397 **Den Ländlichen Raum erfahren**

1398 Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird
1399 das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel,
1400 Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die
1401 wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen
1402 die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen
1403 mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto
1404 brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu
1405 aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder
1406 Rufbusse weiter entwickelt werden.

1407 Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die
1408 öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale
1409 Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und
1410 Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze
1411 und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu
1412 erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die
1413 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu
1414 beschleunigen.

1415 **Das Fahrradfahren voranbringen**

1416 Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen
1417 Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes
1418 Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen
1419 Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass
1420 radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene
1421 Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen
1422 beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen
1423 unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

1424 Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte
1425 Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach
1426 den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln
1427 ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur
1428 Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir
1429 in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

1430 Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem
1431 Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden.
1432 Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit
1433 Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute

1434 und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir
 1435 den Radwegeausbau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene
 1436 Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

1437 Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes
 1438 vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind
 1439 zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und
 1440 Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass
 1441 Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns
 1442 für Mindeststandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme
 1443 in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von
 1444 Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben
 1445 werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der
 1446 Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien
 1447 Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

1448 **Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"**

1449 Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die
 1450 Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu
 1451 leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

1452 Dazu haben wir das Konzept "Netz 25+" entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende
 1453 auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine
 1454 Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und
 1455 werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir
 1456 schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

1457 Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht
 1458 überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und
 1459 klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen
 1460 Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade
 1461 Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft
 1462 umweltfreundlich gewinnen.

1463 Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der
 1464 Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

1465 **Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand**

1466 Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin
 1467 höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im
 1468 Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad
 1469 Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine
 1470 klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In
 1471 Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

1472 Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die
 1473 vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss
 1474 modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis
 1475 erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch
 1476 auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können
 1477 und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

1478 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1479 auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern.
 1480 Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies

1481 WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von
 1482 Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1483 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1484 Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen
 1485 stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu
 1486 nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-
 1487 Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf
 1488 vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnsysteme
 1489 anzustreben.

1490 Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die
 1491 Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus
 1492 dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese
 1493 Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken
 1494 sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen
 1495 schneller am Ziel ankommen.

1496 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1497 auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen
 1498 Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones
 1499 relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten,
 1500 mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1501 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1502 Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und
 1503 mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren
 1504 und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht -
 1505 Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und
 1506 Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

1507 **Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig**

1508 Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifdschungel in Schleswig-Holstein
 1509 mit **NAH.SH** und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg
 1510 und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen
 1511 Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer
 1512 Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.
 1513 Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen,
 1514 Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen
 1515 passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in
 1516 Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.

1517 In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den
 1518 Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

1519 Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr
 1520 prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B.
 1521 das Semesterticket.

1522 Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen
 1523 und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu
 1524 Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig
 1525 erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes
 1526 Schleswig-Holstein.

1527 **Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen**

1528 Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische
1529 Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte
1530 Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das
1531 Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind
1532 nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes, Landes- und
1533 Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene
1534 dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
1535 Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht
1536 nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der
1537 Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

1538 Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt
1539 sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen.
1540 Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der
1541 Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere
1542 Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit
1543 unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige
1544 Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und
1545 dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen
1546 Weg wollen wir weitergehen.

1547

1548 Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von
1549 Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch
1550 verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche
1551 Errungenschaft bewahrt bleibt.

1552 Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die
1553 Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die
1554 Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum
1555 Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir
1556 fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages
1557 mit Dänemark einzusetzen.

1558 Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen
1559 will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale
1560 Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine
1561 straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung
1562 gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile
1563 entlang der Strecke. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass keine individuelle
1564 Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

1565 **Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren**

1566 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für
1567 seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen
1568 Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebaute Häfen. Wir wollen die
1569 Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor
1570 allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

1571 Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster
1572 politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den
1573 Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden
1574 wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt
1575 und finanziert werden können.

1576 Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige
 1577 Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen
 1578 sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie
 1579 jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

1580 Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch
 1581 problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen
 1582 Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse
 1583 und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie
 1584 die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

1585 **Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine**

1586 Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere
 1587 Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen
 1588 Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den
 1589 schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der
 1590 Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen,
 1591 welche Initiativen zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

1592 Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der
 1593 Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und
 1594 umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der
 1595 Bunderegierung einfordern.

1596 **Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken**

1597 Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark
 1598 frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen
 1599 und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von
 1600 Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für
 1601 Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf
 1602 Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese
 1603 Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im
 1604 Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und
 1605 Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

1606 **Ja zur Traditionsschifffahrt**

1607 Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschifffahrt. Wir
 1608 werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die
 1609 gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb
 1610 gewährleisten.

1611 **Verkehr@Digital**

1612 Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
 1613 Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot
 1614 oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den
 1615 Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder
 1616 Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und
 1617 klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des
 1618 Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und
 1619 kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem
 1620 Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die
 1621 Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns
 1622 gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von

1623 Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich
1624 bleibt.

1625 **Auf den Punkt**

- 1626 • *Wir werden* ein Schnellladenetz für E-Mobilität ausbauen,
- 1627 • mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes
1628 ermöglichen,
- 1629 • im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende
1630 einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel
1631 vernetzen,
- 1632 • den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- 1633 • die vernetzte Mobilität voranbringen,
- 1634 • den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten,
1635 Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- 1636 • unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- 1637 • den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- 1638 • den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- 1639 • für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- 1640 • sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen
1641 Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.

LTW 3neu LTW-Programm - GERECHT

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

Familien stärken

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik.

Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Zeit für die Familie haben

Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige versorgen.

Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen

Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten. Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem

40 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
41 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
42 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
43 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
44 Kommunen im Rahmen des Paragrafen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
45 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
46 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
47 Practise-Beispielen starten.

48 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

49
50 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
51 Grundgesetz ein.

52 **Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

53 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
54 notwendige Förderung erhalten.

55 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
56 Kindergesundheit zu schützen.

57 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
58 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
59 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

60 **Kinder- und Jugendhilfe reformieren**

61 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
62 Sozialraumorientierung ein.

63 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
64 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
65 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.

66 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
67 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

68 Wir sehen, dass in Schleswig-Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-,
69 Familien- und Lebensberatung, sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel
70 stattfindet, der die bisherige Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier
71 werden wir gemeinsam mit Trägern und Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen
72 Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt
73 Fortbildungen für diesen Bereich angeboten werden.

74 zum Wohl von Minderjährigen Geflüchteten sowie von Familieine mit Kindern muss es
75 passendere und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Bei der Gewährung und
76 Ausgestaltung der Hilfen für junge Volljährige müssen die spezifischen
77 Besonderheiten der jungen Geflüchteten stärker berücksichtigt werden.

78 Weltweit steigt die Zahl der so genannten Frühverheiratungen und auch in
79 Deutschland gibt es knapp 1400 im Ausland verheiratete Minderjährige. Der Schutz
80 dieser Minderjährigen und das Kindeswohl stehen für uns im Mittelpunkt. Ehen unter
81 16 Jahren werden in Deutschland zu Recht nicht anerkannt, Ehen unter 18 Jahren nur
82 in Ausnahmefällen. Die Schicksale dieser Kinder und Jugendlichen sind
83 unterschiedlich und bedürfen einer ausgeglichenen Abwägung im Einzelfall. Der Fokus
84 muss dabei auf der individuellen und intensiven Betreuung und Beratung der
85 Minderjährigen liegen.

86 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter müssen sich ausreichend Zeit nehmen können
 87 um zuzuhören und sensibel mit den Betroffenen umzugehen. Wir wollen uns dafür
 88 einsetzen, dass auch die Jugendämter im Umgang mit dieser Problematik
 89 sensibilisiert und geschult und verstärkt Mitarbeiter*innen mit Migrationserfahrung
 90 eingestellt werden.

91 **Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen**

92 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
 93 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
 94 weiter unterstützen.

95 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
 96 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
 97 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

98 **Kinderarmut bekämpfen**

99 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
 100 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
 101 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

102 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
 103 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

104 **Soziale Infrastruktur stärken**

105 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
 106 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
 107 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
 108 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
 109 auseinanderklafft.

110 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
 111 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
 112 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
 113 Garantierente einsetzen.

114 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
 115 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
 116 eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und
 117 Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist und setzen
 118 stattdessen auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Wir wollen eine Behörde, die
 119 sich als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden versteht.

120 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
 121 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
 122 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
 123 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
 124 mit Behinderung setzen wir fort.

125 **Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen - Nicht ohne uns über 126 uns**

127 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
 128 Behinderung sichert.

129 "Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
 130 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von

131 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
 132 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
 133 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss
 134 konsequent umgesetzt werden und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
 135 fortführen.

136

137 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

138 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
 139 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
 140 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

141 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
 142 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
 143 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
 144 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
 145 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
 146 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
 147 wichtige Grundlagen.

148 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
 149 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
 150 einheitliche Qualitätsstandards,ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
 151 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

152 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
 153 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
 154 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
 155 Musik müssen selbstverständlich werden.

156 **Selbstbestimmt Leben im Alter**

157 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
 158 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
 159 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
 160 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
 161 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
 162 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
 163 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

164 **Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden**

165 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
 166 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
 167 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
 168 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
 169 demografischen Wandel reagieren.

170 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
 171 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
 172 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
 173 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

174 **EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen**

175 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
 176 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte

177 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
178 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

179 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
180 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
181 werden.

182
183 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
184 Budgeting) umsetzen.

185 **Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen**

186 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
187 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
188 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
189 erforderlich.

190 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
191 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
192 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
193 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
194 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
195 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
196 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
197 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
198 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

199
200 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
201 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

202 Dabei prüfen wir ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
203 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
204 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
205 auf den Weg zu bringen.

206 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
207 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

208 **Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen**

209 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
210 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
211 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
212 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

213
214 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und stärken
215 sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
216 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die
217 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
218 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
219 Politik zu erleichtern.

220 Wir wollen die grundlegende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes anpacken und
221 dieses an die Bundesgesetze anpassen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die
222 Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen richten und diese weiter
223 stärken.

224

225 Mehr Frauen in MINT Berufe

226 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
227 in Schleswig-Holstein bei rund 20%. Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert
228 sich der Anteil Frauen auf rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit
229 von Familie und Beruf zu tun hat. Wir wollen existierende Programme in der
230 Lehrer*innenaus- und -fortbildung, sowie Organisationen, die sich mit
231 frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen weiter
232 betreiben und ausbauen. Unser Ziel ist es, dass mehr junge Frauen sich in den MINT-
233 Bereich zutrauen und mehr junge Männer soziale Berufe wagen.

234 Frauen@Digital

235 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
236 Männer und Frauen. Soziale Netzwerke bieten eine gute Plattform zur Vernetzung um
237 für Frauenrechte aber auch für viele andere Themen zu kämpfen. Schon jetzt nutzen
238 viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue Geschäftsfelder zu
239 eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen fördern und ermuntern,
240 besonders auch die, für welche es nicht nur dem Nebenerwerb dient, bis
241 beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind. Als Maßnahmen fordern wir die
242 Verstärkung von anonymen Frauenberatungen und eine klare staatliche Positionierung
243 und Verfolgung der sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im
244 Internet.

245 Das Ehrenamt würdigen und belohnen

246 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch den
247 starken Zuzug von Geflüchteten Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
248 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
249 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
250 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
251 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
252 Ehrenamtlichen stark.

253 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
254 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
255 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
256 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
257 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

258 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
259 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
260 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

261 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
262 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
263 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttag und -wochen zu integrieren.

264 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
265 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche
266 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
267 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

268 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
269 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die

270 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
271 aufkommen müssen.

272 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
273 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

274 **Soziales@Digital**

275 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
276 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
277 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
278 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

279 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
280 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

281 **Auf den Punkt**

- 282 • *Wir werden* Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
283 Kinderarmut bekämpfen,
- 284 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 285 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
286 Barrierefreiheit verbessern,
- 287 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
288 Demografie aufstellen,
- 289 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
290 fördern,
- 291 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 292 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
293 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 294 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

295 **Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum 296 planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen**

297 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
298 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
299 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
300 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
301 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

302
303 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen
304 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
305 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
306 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

307 **In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden**

308 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
309 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
310 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
311 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein

312 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
313 Beratung und Unterstützung sorgen.

314 **Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen**

315 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
316 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
317 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
318 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
319 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
320 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
321 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
322 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

323 **Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen**

324 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
325 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
326 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
327 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
328 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
329 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
330 angelegt werden.

331 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
332 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
333 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
334 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
335 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
336 Baumaßnahmen.

337 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
338 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
339 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
340 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
341 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
342 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
343 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

344 **Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft**

345 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
346 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
347 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
348 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
349 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

350 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
351 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
352 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und
353 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
354 zu den bestehenden Förderprogrammen.

355 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

356 **Auf den Punkt**

- 357 • *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
358 anbieten,
- 359 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
360 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 361 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

362 **Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale** 363 **Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung**

364 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
365 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
366 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

367 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
368 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
369 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
370 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
371 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
372 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

373 **Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen**

374 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
375 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns
376 auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die
377 Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter
378 entwickeln.

379 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
380 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
381 familia" ein.

382 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und
383 weiter ausbauen.

384 **Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern**

385 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
386 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
387 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
388 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

389 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
390 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
391 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
392 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
393 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
394 gewährleistet ist.

395 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
396 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
397 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
398 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
399 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
400 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
401 informiert.

402 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
403 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

404 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
405 Gemeindefachkräften und -pflegern.

406 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
407 Potenzial.

408 **Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden**

409 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
410 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

411 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
412 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
413 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
414 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
415 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
416 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

417 **Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln**

418 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
419 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

420 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
421 des Sanierungsstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
422 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
423 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

424 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
425 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
426 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

427 **Die Medizin braucht mehr Nachwuchs**

428 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
429 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
430 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
431 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
432 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
433 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.

434 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
435 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
436 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
437 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.

438 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
439 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

440 **Pflege geht Alle an**

441 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
442 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
443 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

444 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken. Auch das Schleswig-
445 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der

446 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
447 bei Erfolg landesweit umsetzen.

448 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
449 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
450 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
451 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

452 **Palliativversorgung und Hospize**

453 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
454 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

455 **Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen**

456 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
457 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
458 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
459 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
460 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
461 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
462 der Koordinierung ein.

463 **Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen**

464 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
465 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
466 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
467 Behandlungsformen.

468 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
469 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

470 **Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen**

471 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
472 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
473 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
474 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
475 traumatisierte Geflüchtete, denen wir verstärkt Zugang zu qualifizierte
476 psychotherapeutischer Betreuung gewähren wollen. Ein großes Problem sind
477 Sprachbarrieren zwischen Ärzt*innen bzw. Psychotherapeut*innen und Geflüchteten,
478 weswegen wir die Einführung eines Dolmetscher*innenpools prüfen wollen. Die von uns
479 veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und dem kommenden Bedarf
480 anzupassen. Das gilt auch für die Fortbildung und Supervision von Menschen, die
481 Traumatisierte in Unterkünften betreuen. Unser Ziel heißt gleiche
482 Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen.

483 **Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten**

484 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
485 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
486 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

487 **Gesundheit@Digital**

488 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
489 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der

490 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
491 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

492 **Auf den Punkt**

- 493 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
494 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 495 • *Wir werden* die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 496 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 497 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 498 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 499 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
500 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 501 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 502 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
503 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 504 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
505 prüfen,
- 506 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

507 **Kita – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon von der** 508 **Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der Eltern**

509 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
510 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
511 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
512 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
513 und die Kinderstube der Demokratie.

514 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
515 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
516 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
517 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
518 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
519 Landtagswahl versprochen hatten.

520 **Mehr Qualität in der Kita**

521 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
522 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber
523 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
524 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

525 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
526 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
527 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
528 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
529 verbinden.

530 Inklusiv Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
 531 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
 532 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
 533 Euro jährlich unterstützen.

534 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
 535 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
 536 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
 537 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
 538 Kitaplatz benötigt.

539 **Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung**

540 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
 541 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
 542 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
 543 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
 544 wollen wir weiter verbessern.

545 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
 546 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
 547 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
 548 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
 549 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

550 Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe Qualität haben für uns Priorität.
 551 Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser Ziel, so wie es bei Schulen und
 552 Hochschulen bereits der Fall ist. Für uns steht in der kommenden Wahlperiode die
 553 Qualität der Betreuung und Bildung im Mittelpunkt.

554 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
 555 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
 556 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
 557 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
 558 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

559 **Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen**

560 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
 561 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
 562 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
 563 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
 564 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
 565 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

566 **Auf den Punkt**

- 567 • *Wir werden* noch mehr in Kita-Qualität investieren,
- 568 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
 569 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 570 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 571 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

572 **Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen brauchen**
 573 **eine bessere Ausstattung und Ruhe für mehr Unterrichtsqualität**

574 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
 575 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
 576 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 577 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 578 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 579 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

580 Um den Sanierungsstau im Kommunalen Schulbau aufzulösen, werden wir in der nächsten
 581 Legislaturperiode gemeinsam mit den Kommunen eine belastbare Bestandsaufnahme
 582 machen. So, wie wir es in dieser Legislaturperiode für die Landesinfrastruktur
 583 gemacht haben. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislaturperiode zügig gemeinsam
 584 mit den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten um die Sanierung der Schulen
 585 verlässlicher auf den Weg zu bringen. Dazu braucht es eine belastbare Planung, die
 586 mehr als eine Legislaturperiode umfasst. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich
 587 das Land an der baulichen Sanierung der kommunalen Schulen finanziell beteiligt.

588 **100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus**

589 Schulen unterscheiden sich in der Zusammensetzung stark. Wir wollen vor allem
 590 Schulen einen "Bildungsbonus" geben, die vielen Kindern und Jugendlichen, die es
 591 nicht leicht haben, Rückenwind geben. Es gilt, anhand eines Sozialindex vor allem
 592 dort, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 593 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 594 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 595 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

596 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 597 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 598 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

599 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 600 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 601 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 602 der Schüler*innen stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus" geben,
 603 die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind
 604 geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 605 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 606 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 607 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

608 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenten an Grundschulen mit jeweils
 609 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
 610 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

611 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
 612 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige
 613 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
 614 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
 615 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
 616 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
 617 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
 618 Ganztagschulen werden.

619 **Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern**

620 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
621 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
622 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
623 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
624 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
625 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
626 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
627 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben,
628 jedoch werden wir den Bildungsdialog fortsetzen.

629 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
630 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
631 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
632 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

633
634 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
635 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

636 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
637 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams
638 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
639 Arbeitsspitzen abzumildern.

640 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
641 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
642 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
643 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
644 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dabei wollen wir auch Diversityaspekte
645 verstärkt mit in die Schulleitungen und Fortbildungen tragen.

646 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
647 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
648 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
649 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

650 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
651 Entrepreneurship und Gründungsinitiativen sollen auch in der Schule behandelt
652 werden. Viele Initiativen, die dieses an die Schulen tragen sind noch sehr jung und
653 wir wollen sie weiter ermutigen mit Schulen tätig zu werden. Wir werden in diesem
654 Rahmen unterstützend tätig werden.

655

656 **Inklusion verwirklichen**

657 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
658 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre
659 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
660 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

661 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
662 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
663 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
664 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
665 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
666 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenten im Sinne der Schule und
667 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

668 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
 669 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
 670 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

671 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
 672 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
 673 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
 674 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schül*innen, von
 675 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

676 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
 677 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
 678 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

679 **Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen**

680 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
 681 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
 682 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
 683 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
 684 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
 685 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
 686 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
 687 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
 688 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
 689 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
 690 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
 691 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
 692 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
 693 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

694 **Schule muss sich jede*r leisten können**

695 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
 696 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
 697 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
 698 sein.

699 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
 700 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
 701 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
 702 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
 703 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

704 **Schule muss Wege offen halten**

705
 706 Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor
 707 besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –
 708 ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss anstehen. Kinder und
 709 vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den
 710 wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht nicht die deutsche Sprache
 711 lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.
 712 Um diesen Kindern und Jugendlichen eine zweite Chance auf einen Schulabschluss zu
 713 ermöglichen, setzen wir uns für ein Schulrecht ein – auch jenseits von Schul- und
 714 Berufsschulpflicht. Jede*r Heranwachsende in Schleswig-Holstein muss die
 715 Möglichkeit erhalten, in seinem oder ihrem Leben mindestens 9 Jahre eine

716 ordentliche Schule besucht zu haben.
 717 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren
 718 Kindern ausreichend im Schulalltag zu helfen, mehr Unterstützung erfahren. Dazu ist
 719 eine Erweiterung der Bildungsarbeit für die Eltern erforderlich.

720 **Demokratie und Vielfalt wagen**

721 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
 722 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
 723 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
 724 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
 725 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
 726 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
 727 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

728 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
 729 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
 730 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
 731 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
 732 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
 733 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
 734 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
 735 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind. Dafür bedarf es einer
 736 besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für politische Bildung um eine noch
 737 bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

738 **Gesunde Schule**

739 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
 740 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
 741 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
 742 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
 743 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema
 744 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die
 745 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
 746 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

747 **1) „Nur was man kennt, schützt man auch“ - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung 748 stärken**

749 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
 750 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
 751 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
 752 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns
 753 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
 754 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

755 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
 756 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

757 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
 758 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in Kitas und Schulen durch
 759 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

760 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
 761 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
 762 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

763 **Schwimmen lernen**

764 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
 765 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
 766 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
 767 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
 768 ihrer öffentlichen Bäder. Als ersten Schritt werden wir den Förderzeitraum für die
 769 Sanierung kommunaler Schwimmsportstätten verlängern und die Fördermittel
 770 entsprechend anpassen.

771 **Religionsunterricht gehört dazu**

772 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
 773 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
 774 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
 775 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
 776 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
 777 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
 778 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht
 779 von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

780 **Die Schule im Dorf lassen**

781 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
 782 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
 783 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
 784 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
 785 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
 786 alle Probleme gelöst.

787 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
 788 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

789 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
 790 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
 791 Entwicklung beraten werden kann.

792 **Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln**

793 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
 794 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
 795 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
 796 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir wollen
 797 Gemeinschaftsschulen neben einer ausreichenden Versorgung auch mit gymnasialen
 798 Lehrkräften, um Schüler*innen auf das Abitur vorzubereiten, ebenso in dieser
 799 "praktischen Orientierung" fördern, um so passgenaue Schulprofile für verschiedene
 800 Bedarfe zu ermöglichen. Bei einer solchen Orientierung spielen Coaches, die
 801 Jugendliche in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine
 802 wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung.
 803 Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir verstärken, um auch die
 804 Schulabbrecher*innenquote zu senken.

805 **Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen**

806 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
 807 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
 808 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in

809 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
810 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
811 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

812 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
813 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
814 Flüchtlingen widmen können.

815 **Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten**

816 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
817 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
818 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
819 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.

820 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
821 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen
822 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
823 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

824 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
825 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
826 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
827 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
828 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
829 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
830 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
831 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

832 **Eigenständigkeit erwünscht**

833 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
834 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
835 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
836 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
837 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
838 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
839 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
840 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
841 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

842 **Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen**

843 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
844 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der
845 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
846 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
847 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
848 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
849 bedeutet. Eine solche Möglichkeit kreisübergreifender Schulentwicklungsplanung
850 werden wir in Zukunft auch für den Rest Schleswig-Holsteins prüfen und ggfs. in
851 Angriff nehmen.

852 **Lernen@Digital**

853 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um diese
854 Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den Neuen
855 Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation. Moderne

856 Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute unbedingt
857 dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten, u.a. durch
858 Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im Vorbereitungsdienst und
859 mit außerschulischen Partnern.

860 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
861 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
862 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
863 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
864 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
865 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
866 die Teilhabe entscheidet.

867 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
868 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
869 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu
870 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
871 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
872 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
873 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
874 gelegt werden. Die Einführung eines Medienpasses wollen wir prüfen. Er kann dafür
875 sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und praktisch beherrschen.
876 Unser Ziel bleibt darüber hinaus die möglichst lebenslange Vermittlung von
877 Medienkompetenz.

878 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
879 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

880 **Auf den Punkt**

- 881 • *Wir werden* dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
882 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 883 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 884 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
885 Integrationsangebote ausbauen,
- 886 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
887 Bildungsbremse werden,
- 888 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
889 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,
- 890 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 891 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 892 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
893 gearbeitet werden kann,
- 894 • digitales Lernen fördern.

895 **Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die**
 896 **Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen**

897 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
 898 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
 899 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
 900 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
 901 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
 902 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

903 **Berufs- und Studienorientierung intensivieren**

904 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
 905 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
 906 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
 907 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
 908 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
 909 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
 910 unterstützen können.

911 **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

912 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
 913 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
 914 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
 915 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
 916 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
 917 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
 918 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

919 **Azubirechte verankern**

920 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
 921 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
 922 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
 923 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
 924 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
 925 preisgünstiges Azubiticket.

926 **Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge**
 927 **einrichten**

928 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
 929 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
 930 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
 931 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem
 932 Landeseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
 933 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

934 **Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren**

935 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
 936 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
 937 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
 938 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
 939 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
 940 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
 941 Schule in die Ausbildung finden.

942 **RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten**

943 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
 944 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
 945 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
 946 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
 947 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
 948 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
 949 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
 950 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,
 951 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
 952 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

953 **Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen 954 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)**

955 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
 956 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
 957 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
 958 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
 959 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
 960 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
 961 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
 962 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
 963 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
 964 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

965 **RBZ-Prozess voran bringen**

966 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
 967 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
 968 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
 969 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
 970 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

971 **Auf den Punkt**

- 972 • *Wir werden* Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 973 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 974 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
 975 etablieren,
- 976 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

977 **Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens**

978 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
 979 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
 980 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
 981 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
 982 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

983 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
 984 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
 985 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Die Hochschulanbindung aller
 986 Oberzentren und weiterer Mittelzentren wird darum von uns unterstützt. Deshalb

987 werden wir GRÜNE unsere Hochschulen wie geplant ausbauen und finanziell stärken.
 988 Unsere erfolgreiche Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden wir fortsetzen und
 989 fortwährend mit allen universitären Statusgruppen evaluieren.

990 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
 991 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
 992 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
 993 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
 994 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

995 **Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen**

996 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
 997 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

998 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
 999 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
 1000 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
 1001 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
 1002 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
 1003 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
 1004 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
 1005 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
 1006 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
 1007 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen. .

1008 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
 1009 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

1010 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
 1011 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
 1012 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
 1013 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
 1014 Bundesebene entwickeln.

1015 **Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern**

1016 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
 1017 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
 1018 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

1019 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
 1020 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen
 1021 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
 1022 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
 1023 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
 1024 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

1025 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
 1026 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
 1027 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
 1028 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
 1029 und Habilitation zu schaffen.

1030 **Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen**

1031 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
 1032 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet

1033 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
1034 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
1035 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
1036 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
1037 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
1038 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1039 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1040 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1041 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1042 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
1043 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
1044 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
1045 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
1046 Geflüchtete kombiniert.

1047 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
1048 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
1049 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
1050 Stubiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1051 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
1052 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
1053 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
1054 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
1055 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1056 **Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern**

1057 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
1058 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
1059 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
1060 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
1061 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
1062 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1063 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
1064 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
1065 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
1066 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
1067 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht
1068 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
1069 Zeichen gesetzt.

1070 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
1071 Alternativen zum neoklassischen Angebot ergänzen wollen - die dem Menschen dienen
1072 und von der Ökologie her denken. Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen
1073 neue innovative Studiengänge entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch
1074 attraktiver für Studierende machen.

1075 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
1076 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
1077 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
1078 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
1079 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen

1080 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
1081 bestehenden aufbauen.

1082 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
1083 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
1084 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
1085 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
1086 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
1087 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
1088 Campus unterstützen wir.

1089 **Hochschulen und Startups zusammenbringen**

1090 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
1091 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
1092 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
1093 und stärken.

1094 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
1095 Innovation auszurichten.

1096 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
1097 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
1098 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1099 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
1100 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
1101 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
1102 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1103 **Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität**

1104 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
1105 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
1106 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
1107 auseinander.

1108 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
1109 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
1110 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
1111 Studienjahr umfassend orientieren.

1112 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
1113 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus
1114 Clausus" als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
1115 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
1116 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
1117 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1118 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
1119 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
1120 im Land ausweiten.

1121 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
1122 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
1123 verbessern.

1124 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
1125 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
1126 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1127 **Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse**
1128 **anerkennen**

1129 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
1130 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
1131 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
1132 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungsstarken
1133 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
1134 zu schwächen.

1135 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1136 bei uns im Land aufzunehmen. Wer die Einschreibung in eine Hochschule schafft, darf
1137 nicht an der Studienförderung scheitern. Es muss selbstverständlich sein, nach drei
1138 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
1139 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten zu können. Eine entsprechende
1140 Bundesratsinitiative werden wir auf den Weg bringen. Die vielen erfolgreichen
1141 Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1142 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.113: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1143 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1144 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
1145 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Die vielen
1146 erfolgreichen Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell
1147 fördern.

1148 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
1149 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
1150 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
1151 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
1152 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
1153 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
1154 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1155 **Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen**

1156 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
1157 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
1158 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
1159 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im
1160 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
1161 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1162 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
1163 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1164 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
1165 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
1166 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1167 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
1168 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen

1169 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
1170 grenzüberschreitender Studiengänge.

1171 **Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie**

1172 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
1173 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
1174 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
1175 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
1176 Mitarbeiter*innen)

1177 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
1178 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
1179 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
1180 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
1181 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1182 **Kooperationsverbot abschaffen**

1183 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
1184 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
1185 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
1186 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
1187 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1188 **Lernen – ein Leben lang**

1189 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
1190 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
1191 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
1192 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
1193 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
1194 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1195 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
1196 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
1197 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
1198 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
1199 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
1200 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
1201 wie dies gelingen kann.

1202 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
1203 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
1204 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
1205 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier
1206 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
1207 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
1208 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1209 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1210 der Flüchtlinge bei.

1211 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1212 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1213 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
1214 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1215 bedarfsgerecht gestalten können.

1216 Hochschule@Digital

1217 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
 1218 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
 1219 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
 1220 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
 1221 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
 1222 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
 1223 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
 1224 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
 1225 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
 1226 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1227 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
 1228 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
 1229 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1230 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
 1231 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
 1232 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1233 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
 1234 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
 1235 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
 1236 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
 1237 frei.

1238 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
 1239 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
 1240 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
 1241 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
 1242 aus.

1243 Auf den Punkt

- 1244 • *Wir werden* unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1245 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1246 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1247 • innovative Studiengänge fördern
- 1248 • das landesweite Semesterticket umsetzen,
- 1249 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
 1250 einsetzen,
- 1251 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1252 Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der 1253 Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin

1254 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
 1255 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
 1256 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
 1257 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
 1258 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode

1259 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
1260 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
1261 Gesellschaft.

1262 „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
1263 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden
1264 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.
1265 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
1266 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
1267 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
1268 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.“

1269 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
1270 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
1271 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
1272 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1273 **Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren**

1274 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
1275 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
1276 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
1277 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
1278 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1279 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
1280 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
1281 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
1282 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
1283 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1284 **Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur**

1285 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
1286 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
1287 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
1288 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1289 **Wir versprechen nicht zu viel**

1290 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
1291 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
1292 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser
1293 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
1294 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
1295 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1296 **Schädliche Subventionen abbauen**

1297 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
1298 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1299 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
1300 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch
1301 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
1302 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
1303 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
1304 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1305 Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken

1306 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
1307 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
1308 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
1309 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
1310 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft
1311 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir
1312 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
1313 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
1314 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
1315 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
1316 Innovationskraft von Unternehmen.

1317 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
1318 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
1319 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
1320 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
1321 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
1322 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
1323 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1324 Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten

1325 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
1326 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
1327 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
1328 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
1329 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
1330 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
1331 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
1332 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
1333 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1334 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration

1335 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
1336 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
1337 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
1338 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden
1339 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
1340 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1341 Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit

1342 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
1343 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
1344 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
1345 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
1346 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu
1347 stellen, die Kitabeiträge weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und
1348 auch den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1349 Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur

1350 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1351 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1352 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1353 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1354 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1355 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungsstau des Landes planbar und
1356 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1357 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1358 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1359 Zeitalter vorzubereiten.

1360 **Fair mit unseren Kommunen umgehen**

1361 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1362 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1363 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1364 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1365 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
1366 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
1367 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
1368 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

1369 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.141: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1370 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1371 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1372 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1373 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1374 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1375 1376 **Sparkassen fit für die Zukunft machen**

1377 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
1378 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
1379 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
1380 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
1381 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
1382 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

1383
1384 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
1385 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller
1386 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
1387 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
1388 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
1389 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
1390 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
1391 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1392 **Schwere Erblast HSH Nordbank**

1393 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1394 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1395 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1396 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1397

1398 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, werden wir auch großen
 1399 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden weiteren
 1400 Kreditnachlässen der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1401 Kosten der Steuerzahler*innen keine Zustimmung erteilen.

1402 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.97: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1403 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1404 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1405 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1406 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1407

1408 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
 1409 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir uns für
 1410 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1411 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.103: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1412 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
 1413 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
 1414 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1415 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1416

1417 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, möchten wir auch großen
 1418 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden prüfen, ob und
 1419 falls ja wie wir statt weiteren Kreditnachlässen in Höhe mehrerer hunderter
 1420 Millionen Euro der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
 1421 Kosten der Steuerzahler*innen andere Lösungen finden. Ein solcher Weg kann das
 1422 „Pay-as-you-earn-Prinzip“ sein, wonach der Kredit zwar nicht anteilig erlassen
 1423 wird, aber Zins und Tilgung den finanziellen Möglichkeiten der Kreditnehmer*in
 1424 angepasst werden.

1425

1426 Damit auch dieses Instrument sicher nur in den Ausnahmefällen angewendet wird, bei
 1427 denen es absolut notwendig ist, erheben wir bei Beträgen über 1 Mio. Euro den
 1428 Anspruch, dass drei von drei beauftragten und auch nach den Rating-Skandalen
 1429 weiterhin anerkannten Fachgutachtern unabhängig voneinander die Notwendigkeit
 1430 dieses Entgegenkommens auf Kosten der Steuerzahler*innen bestätigen.

1431 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.17: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1432 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
 1433 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast
 1434 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
 1435 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
 1436 Schlusstrich ziehen.

1437 **Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen**

1438 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
 1439 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
 1440 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
 1441 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorge
 1442 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1443 **Divestment – keine Investition in fossile Energien**

1444 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
1445 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
1446 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
1447 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
1448 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
1449 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
1450 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
1451 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, werden ausgeschlossen. Auch bei
1452 Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend
1453 machen.

1454 **Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein**

1455 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
1456 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
1457 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
1458 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
1459 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
1460 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1461 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
1462 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
1463 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
1464 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
1465 transparent aufzuzeigen.

1466 **ÖPP – aber nur in engen Grenzen**

1467 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
1468 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
1469 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
1470 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
1471 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristig beste und kostengünstigste Variante ist.
1472 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
1473 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
1474 Projekten nicht höher sein darf als fünf Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
1475 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
1476 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
1477 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
1478 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1479 **Finanzen@Digitales**

1480 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
1481 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
1482 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
1483 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
1484 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
1485 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
1486 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1487 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1488 Landes etc. informieren können.

1489 **Auf den Punkt**

- 1490 • *Wir werden* die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1491 fortsetzen,
- 1492 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1493 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1494 • die Kommunen fair behandeln,
- 1495 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1496 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.

LTW 4neu LTW-Programm - WELTOFFEN

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

3. WELTOFFEN

1 Demokratie bietet uns die Freiheit, selbstbestimmt zu leben und in Verantwortung
2 mit anderen, das friedliche Zusammenleben in unserem Land zu gestalten. Sie
3 bedeutet nicht nur die Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit - vielmehr
4 misst sich die Qualität einer Demokratie daran, WIE sie mit ihren Minderheiten
5 umgeht.
6

7 In einer Demokratie zu leben, ist ein Privileg und keine Selbstverständlichkeit.
8 Sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann auch wieder verloren gehen.
9

10 Wir GRÜNE stehen deshalb für diese offene Gesellschaft ein und verteidigen die
11 Grundwerte von Freiheit und Humanität, wo immer sie – offen oder verdeckt – in
12 Frage gestellt oder gar bekämpft werden. Wir stellen uns gegen die zunehmende
13 Verrohung in der politischen Auseinandersetzung und vor diejenigen, die in diesen
14 Tagen Anfeindungen, Rassismus und Gewalt ausgesetzt sind.
15

16 Wir GRÜNE stehen für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das
17 Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte
18 Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen
19 für alle offen und transparent sein. Wir alle, ob Parteien, Institutionen oder die
20 Zivilgesellschaft, sind gefragt, uns einzumischen, mitzugestalten und kompromiss-
21 und lernfähig zu bleiben.

22 Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische
23 Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten
24 Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten
25 wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren
26 sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

27 Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen
28 Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt.
29 Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der
30 Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger*innen
31 sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen
32 lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das
33 ist anstrengend und herausfordernd.

34 Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und
35 Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn
36 soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für
37 antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und
38 Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders
39 Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende . Die zunehmende Brutalisierung
40 der politischen Auseinandersetzung und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in
41 unserem Land bestürzen uns. Wir werden dem auch weiterhin entschieden
42 entgegenzutreten.

43 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und
 44 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und
 45 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft
 46 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder
 47 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von
 48 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-
 49 Holsteiner*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

50 **Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU** 51 **soll demokratischer und sozial werden**

52 **Unsere Zukunft in einem demokratischen und sozialen Europa**

53 Wir Schleswig-Holsteiner*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa
 54 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von
 55 einem geeinten Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE
 56 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

57 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und
 58 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Doch dieser
 59 Frieden ist gefährdet. Militärische Konflikte in angrenzenden Regionen sorgen
 60 momentan auch für Spannungen innerhalb der EU. Alte und neue Blockbildungen lassen
 61 das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische Präsenzen haben sich verstärkt,
 62 wirtschaftliche und politische Sanktionen sind wieder zum Mittel der Politik
 63 geworden. Wir sehen die Notwendigkeit für verbale Abrüstung zwischen den
 64 Konfliktparteien, zu Verhandlungs- und Dialogbereitschaft. Bestehende Kontakte zu
 65 zivilgesellschaftlichen Gruppen und regionalen Parlamenten im Ostseeraum wollen wir
 66 stärken und ausbauen und so einen Beitrag zur Verständigung leisten.

67 Die Europäische Integration wird – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der
 68 Briten – in Frage gestellt. Die heute offen zu Tage tretenden Fliehkräfte kommen
 69 nicht von ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen
 70 Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,
 71 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit
 72 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für
 73 uns geht es in der Europäischen Union nicht in erster Linie um offene Märkte. Wir
 74 profitieren zwar alle vom Binnenmarkt, doch ist das Projekt der europäischen
 75 Einigung entschieden mehr als das. Die Europäische Union ist für uns immer auch ein
 76 kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den Menschen Frieden, Freizügigkeit und
 77 Wohlstand gebracht hat und zukünftig bringen soll. Europa steht sinnbildlich für
 78 eine offene, humanitäre und tolerante Gemeinschaft über innere wie äußere Grenzen
 79 hinweg: Wir GRÜNE werden die Errungenschaften der Europäischen Integration auch
 80 weiterhin mit Herzblut verteidigen. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische
 81 Union transparenter, demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir
 82 eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur
 83 des Dialogs und der Verbindlichkeit.

84 **Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum**

85 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche
 86 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.
 87 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische
 88 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge
 89 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und
 90 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser
 91 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten

92 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum
93 Ostsee.

94 **Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken**

95 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu
96 gestalten? Uns geht es darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte gegenüber der
97 Kommission und dem Ministerrat zu geben. Wir werden aus Schleswig-Holstein heraus
98 die Möglichkeiten einer frühzeitigen Beteiligung an der europäischen Gesetzgebung
99 nutzen. Die Einflussmöglichkeiten der europäischen Zivilgesellschaft wollen wir
100 ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische Öffentlichkeit entsteht.
101 Entschlossen stellen wir uns denjenigen entgegen, die zurück auf die nationale
102 Scholle wollen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und Teller, faire internationale
103 Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas Bürger*innen zeigen seit
104 vielen Jahren, dass sie es verstehen, erfolgreich an der Weiterentwicklung der EU
105 mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und zivilgesellschaftliche
106 Initiativen weiterhin unterstützen.

107 108 **Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer**

109 Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf
110 nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach
111 einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser
112 Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer
113 kann als Instrument der Krisenprävention zur Stabilität der Finanzmärkte
114 beitragen.

115 **Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen**

116 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen
117 grenzüberschreitenden Kulturräum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine
118 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere
119 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren
120 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem
121 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität
122 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin
123 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche
124 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein
125 Europa erleben lassen.

126 **Mit Dänemark zusammenarbeiten**

127 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir
128 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen
129 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Die Zusammenarbeit der deutsch-dänischen
130 Grenzregion gilt als europäisches Erfolgsprojekt. Sowohl durch die Asylpolitik, als
131 auch durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch die dänische Seite hat
132 unser ansonsten gutes Verhältnis jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark
133 mit allen pro-europäischen Kräften vernetzen und uns mit ihnen gemeinsam für eine
134 offene Gesellschaft engagieren. Wir lehnen neue Schlagbäume und Grenzkontrollen zu
135 Dänemark auch weiterhin entschieden ab. Den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, den
136 ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und
137 Gesundheitswesen wollen wir weiter voranbringen.

138 **Europas Regionen stärken Europa**

139 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf
140 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im
141 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen
142 Parlament und den europäischen Institutionen. Deshalb werden wir die
143 Landesvertretung in Brüssel stärken und die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen
144 intensivieren. Wir nehmen die Herausforderung mit einer zielstrebigem
145 Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane Flüchtlingspolitik sowie
146 Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale Abschottung nicht zu lösen.
147 Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende Kooperationen. Wir werden
148 uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen Europas austauschen und
149 vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

150 **Die Kommunen fit für Europa machen**

151 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die
152 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,
153 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch
154 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz
155 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,
156 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

157 **Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen**

158 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten
159 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.
160 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-
161 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und
162 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere
163 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame
164 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die
165 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel
166 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen
167 kommen.

168 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder
169 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft
170 bekommen können.

171 Wir werden uns auf europäischer Ebene auch weiterhin dafür einsetzen, dass
172 Minderheitenbelange noch stärker im EU-Vertragswerk und den Grundrechten
173 berücksichtigt werden.

174 **Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt**

175 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere
176 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch
177 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben
178 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem
179 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der
180 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch
181 angenommen. Bestehende Institutionen zur Förderung von Sprachenvielfalt wollen wir
182 erhalten und in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass Minderheiten auch bei
183 Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen in
184 der Öffentlichkeit noch sichtbarer werden.

185 **Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"**

186 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser
 187 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der
 188 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die
 189 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen
 190 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr
 191 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge
 192 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik
 193 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder
 194 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für
 195 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das
 196 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable
 197 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern. Dazu werden wir die
 198 Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien für Schleswig-Holstein im Landtag
 199 fortsetzen, Vorschläge dafür wurden bereits in einem gemeinsamen Projekt mit dem
 200 "Bündnis Eine Welt" entwickelt.

201 Wir wollen die erfolgreichen Kooperations-Projekte und die Zusammenarbeit mit
 202 Institutionen wie dem "Bündnis Eine Welt" und dem Landesnetzwerk der
 203 Entwicklungszusammenarbeit sowie die vielen Städtepartnerschaften,
 204 Schulpartnerschaften und Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften ausbauen. Das
 205 erfolgreiche PromotorInnen-Programm soll weiter geführt, die Kofinanzierung aus
 206 Landesmitteln weiter gewährleistet werden. Um in der Partnerschaftsarbeit noch
 207 breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen
 208 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

209 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA, TTIP und TiSA**

210 **Kollidierender Änderungsantrag: Änderungsantrag zu LTW 4: LTW-Programm - WELTOFFEN**

211 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA,TTIP und TISA**

212 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler
 213 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein
 214 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst
 215 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler
 216 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen
 217 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und
 218 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen
 219 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes
 220 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

221 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
 222 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
 223 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
 224 kommunaler und regionaler Hand. Die Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
 225 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden
 226 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Diese
 227 Form des Investor*innenschutzes schwächt unsere mittelständische Wirtschaft und
 228 schränkt die Souveränität unserer Kommunen und Länder ein. Die sehr kostspieligen
 229 Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner Verbesserungen im
 230 Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-Abkommen unsere
 231 Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen die
 232 Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung
 233 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine

234 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen
235 können.

236 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.67: LTW-Programm - WELTOFFEN**

237 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
238 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
239 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
240 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
241 – Konzerne können Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden wir abwehren.
242 Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Wir streiten dafür,
243 dass suprastaatliche öffentliche Gerichte für Klagen gegen Staaten unter dem
244 Gesichtspunkt des Investitionsschutzes eingerichtet werden. Trotz kleiner
245 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-
246 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht.

247 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften auf Augenhöhe mit anderen Regionen
248 weltweit ist für Unternehmen und Bürger*innen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE
249 streben in Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den
250 USA und Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer
251 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen. Auch an diese
252 Kooperationsabkommen werden wir den Anspruch legen, nicht hinter unsere sozialen
253 und ökologischen Standards zurückzufallen und Arbeitnehmer*innenrechte keinesfalls
254 zu verschlechtern.

255 **Auf den Punkt**

- 256 • *Wir werden* Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 257 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 258 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 259 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 260 • uns weiterhin gegen Grenzkontrollen nach Dänemark stark machen

261 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.120: LTW-Programm - WELTOFFEN**

- 262 • auch weiterhin Nein zu neuen Schlagbäumen und Grenzkontrollen sagen,
- 263 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 264 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 265 • Nein sagen zu CETA, TTIP und TiSA, aber Kooperationsabkommen mit hohen
266 Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.

267 **Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte
268 verteidigen**

269 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die
270 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als
271 800.000 Menschen mussten vor Krieg, Verfolgung und aus existenzieller Not aus ihrer
272 Heimat fliehen. Dank der großartigen Hilfsbereitschaft tausender Schleswig-
273 Holsteiner*innen aber auch einer engagierten Flüchtlingspolitik durch die Kommunen
274 und das Land, konnten allein in unserem Bundesland 35.000 Menschen Zuflucht finden.
275 Nun gilt es, in die Integration, in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den

276 Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein
277 selbstbestimmtes Leben führen können.

278 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen
279 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die
280 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine
281 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,
282 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

283 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische
284 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Wir setzen auf eine europäische humane
285 und menschenrechtsbasierte

286 Asylpolitik von der Aufnahme bis hin zum Grenzschutzsystem. Wir drängen auf die
287 Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. So setzen wir auf das Resettlement-
288 Programm den UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchtete
289 organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet. Von
290 zentraler Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden um Rahmen
291 der rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
292 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen. Entsprechende
293 Initiativen von Kommunen Kontingente aufzunehmen, unterstützen wir.

294 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.
295 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die
296 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark
297 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung, die zu
298 einer Herausforderung werden kann, wenn diese nicht gut organisiert ist. Um eine
299 erfolgreiche Zuwanderungsgeschichte schreiben zu können, braucht es die
300 Handreichung aller Seiten.

301 **Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende**

302 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher
303 Standards. Unabhängige, individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten
304 Dolmetscher*innen und rechtliche Unterstützung müssen gewährleistet werden. Dabei
305 darf es keine Rolle spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept
306 der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab. Mit unserem Antrag zur
307 Abschaffung des AsylbLG haben wir im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, dessen
308 Abschaffung bleibt dennoch unser Ziel.

309 Die Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten und ausgebaut werden.
310 Geflüchtete sollen die Möglichkeit haben sich zu beschweren und gehört zu werden in
311 Form von Geflüchtetenbeiräte in jeder Unterkunft. Individuelle Bedürfnisse von
312 Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und LGBTQI und Kindern, finden dabei
313 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass
314 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Getrennte
315 Unterbringung der Geflüchteten nach Bleibeperspektive lehnen wir ab. Die Zeit muss
316 für die vorgelagerte Beratung, Anhörung, Willkommenskurse und ein Profiling genutzt
317 werden. Viele Kommunen in unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge
318 aufzunehmen.

319 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler
320 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der
321 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
322 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

323 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung
 324 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften
 325 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

326 Einwanderungsgesetz

327
 328 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über
 329 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant*innen im
 330 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre
 331 Aufnahme richtet sich nicht nur nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen
 332 Bedürfnissen. Auch Menschen, die auf Grund von Armut oder zerstörter Umwelt nach
 333 Europa kommen wollen, brauchen die Möglichkeit legaler Zugangswege jenseits des
 334 politischen Asyls. Auch für die Menschen, die trotz allem in Deutschland
 335 verbleiben, gelten für uns die Menschenrechte. Kein Mensch ist illegal, nur weil er
 336 keinen Aufenthaltsstatus hat. Um dies klarzustellen, fordern wir die Abschaffung
 337 der Übermittlungspflicht aus §87 des Aufenthaltsgesetzes.

338 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
 339 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
 340 Abschiebungen und Abschiebungen im Winter als inhuman ab. Wir wollen in Schleswig-
 341 Holstein keine Ausreisezentren. Wir begrüßen die Arbeit von Initiativen, die sich
 342 gegen inhumane Abschiebungen einsetzen. Angesichts der restriktiven Asylpolitik des
 343 Bundes fordern wir die Überarbeitung der Kriterien der Härtefallkommission. Wer
 344 kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in
 345 Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum
 346 Neuanfang.

347 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.113: LTW-Programm - WELTOFFEN**

348 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
 349 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
 350 Abschiebungen und Abschiebung im Winter als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht
 351 erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können.
 352 Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

353 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.103: LTW-Programm - WELTOFFEN**

354 Wir finden, dass eine freiwillige Ausreise der Abschiebung auf Zwang immer
 355 vorzuziehen ist. Diejenigen, die kein politisches Asyl bekommen haben und
 356 Deutschland wieder verlassen müssen, wollen wir daher bei ihrer Rückkehr beraten
 357 und wo möglich auch finanziell unterstützen. Nächtliche Abschiebungen und die
 358 Praxis der Abschiebungshaft lehnen wir aus humanitären Gründen ab.

359 **Integration nachhaltig organisieren**

360 Die Integration der Gesellschaft ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
 361 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
 362 Programms. Wir setzen uns für gute und qualifizierte Beratungs- und
 363 Betreuungsangebote ein und wollen deshalb eine Erweiterung der Angebote. Die
 364 Beratungsangebote wie auch die Beratungsstellen selbst müssen finanziell und
 365 personell gut ausgestattet sein. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser
 366 Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits
 367 gegriffen, einige sind noch ausbaufähig.
 368 Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen, jedoch noch lange
 369 nicht flächendeckend. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt häufig die hierfür
 370 erforderliche Infrastruktur, Wartezeiten auf Kursplätze, besonders im Bereich der

371 Alphabetisierung, sind immer noch viel zu lang. Ein besonderes Kursangebot für
 372 Frauen mit Kinderbetreuung findet man noch viel zu selten. Arbeitsangebote gibt es
 373 mehr und mehr, jedoch noch lange nicht genug. Es gilt nach wie vor, bürokratische
 374 Hürden abzubauen und Zu- und Übergänge zu erleichtern. Auch hier sind es leider
 375 meist die Frauen, die das Nachsehen haben.
 376 Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration.
 377 Aus diesem Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich
 378 machen. Auch Peer-to-Peer-Projekte zwischen Geflüchteten, die schon länger in
 379 Schleswig-Holstein leben und neue Geflüchtete als Expert*innen in verschiedenen
 380 Bereichen gesellschaftlicher und kultureller Integration werden wir fördern. Alles,
 381 was der Emanzipation der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

382 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.94: LTW-Programm - WELTOFFEN**

383 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
 384 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
 385 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein
 386 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein
 387 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und
 388 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem
 389 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.
 390 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in
 391 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert*innen werden wir fördern.
 392 Alles, was der Selbstbestimmung von Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

393 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
 394 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
 395 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
 396 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
 397 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich
 398 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der
 399 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern. Wir wollen Angebote stärker prozess-
 400 und an den Menschen orientiert gestalten. Zudem werden wir die Honorare für
 401 Lehrer*innen dieser Landeskurse anheben.

402 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.110: LTW-Programm - WELTOFFEN**

403 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
 404 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
 405 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
 406 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
 407 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen. Die Aufteilung von Flüchtlingen
 408 mit guter und mit schlechter Bleibeperspektive entlang von Länderschutzquoten, wie
 409 es die große Koalition in diversen Gesetzen manifestiert hat, lehnen wir
 410 entschieden ab. Das Asylrecht ist ein Individualrecht und steht jeder pauschalen
 411 Gruppensortierung entgegen. Außerdem führt diese Politik dazu, dass Schutzsuchende
 412 von Integrationsleistungen ausgeschlossen sind obwohl sie absehbar viele Jahre in
 413 Deutschland leben werden.

414 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die
 415 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir statten die Kommunen so aus,
 416 dass sie diese oder andere Gelder auch tatsächlich für Integrationsaufgaben
 417 verwenden können. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und
 418 Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage lehnen wir ab, denn sie

419 beschneidet die Grundrechte der Geflüchteten, kann Integration erschweren und ist
420 außerdem ein Bürokratiemonster. .

421 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.34: LTW-Programm - WELTOFFEN**

422 Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Integration von Geflüchteten finanziell
423 unterstützen und das auch bei Familienangehörigen, die dazu kommen. Wir erwarten,
424 dass die Kommunen dieses Geld tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden und
425 nicht für die Unterbringungskosten. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo
426 sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage sehen wir
427 kritisch.

428 *Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):*

429 Integrationsministerium

430 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem
431 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des
432 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes
433 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

434 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und
435 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche
436 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass
437 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

438 **Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken**

439 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die
440 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welche großartige Hilfsbereitschaft in uns
441 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der
442 Migrant*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen
443 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter
444 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen
445 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge
446 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

447 **Dialog mit den Religionen**

448 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
449 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Wir sind uns unserer historischen und
450 politischen Verantwortung gegenüber den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein
451 bewusst und machen uns stark dafür, dass jüdische Begegnungsräume finanziell und
452 politisch unterstützt und Synagogen saniert werden. Es darf nicht Religionen erster
453 und zweiter Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen
454 ernst genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt.
455 Langfristig soll es zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im
456 Land kommen, ähnlich der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und
457 Jüdischen Gemeinden bestehen.

458 Langzeitziel ist ein religionsübergreifender gemeinsamer Unterricht, der sachlich
459 über alle Religionen und die gemeinsamen ethischen Grundlagen unserer Kultur
460 informiert.

461 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.20: LTW-Programm - WELTOFFEN**

462 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
463 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter
464 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst
465 genommen werden.

466 **Schutz und Grenzen der Religionsfreiheit**

467 Gemäß Art. 4 unseres Grundgesetzes ist die Freiheit des religiösen und
 468 weltanschaulichen Bekenntnisses eines jeden Menschen unverletzlich und dessen
 469 ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Der Staat hat sich nicht nur
 470 weltanschaulich-religiös neutral zu verhalten, sondern auch offen und übergreifend,
 471 die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen zu fördern.

472 Religionsunterricht steht damit ebenfalls unter dem Schutz unserer Verfassung.
 473 Dort, wo es bisher keinen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht gibt, ist
 474 für uns neben dem Unterricht der christlichen Kirchen die Einführung von
 475 Islamunterricht durch staatliche Lehrkräfte geboten. Das Grundrecht auf
 476 Religionsfreiheit lässt keine unterschiedliche Behandlung von
 477 Glaubensgemeinschaften zu. Das gilt auch für den Abschluss etwaiger Staatsverträgen
 478 mit Religionsgemeinschaften.

479 Niemand von uns hat den Anspruch, von der Wahrnehmung anderer religiöser und
 480 weltanschaulicher Bekenntnisse verschont zu bleiben. Die Freiheit ein Kreuz,
 481 Kopftuch oder eine Kippa zu tragen, zeichnet eine weltoffene Gesellschaft aus.
 482 Staatliche Neutralität gebietet aber auch den Schutz der Mindestanforderungen
 483 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu gehört die Erkennbarkeit des Gesichts für
 484 Mitmenschen. Mimik ist für eine friedliche Kommunikation unter Menschen noch
 485 deutlich wichtiger als Sprache. Die Vollverschleierung von Frauen werten wir als
 486 ein Instrument zur Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen. Die
 487 Vollverschleierung grenzt ihre Trägerin aus und verhindert eine gleichberechtigte
 488 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gesetzliche Verbot der Vollverschleierung
 489 halten wir daher sowohl in Kitas, Schulen und Hochschulen als auch im gesamten
 490 öffentlichen Dienst für erforderlich.

491 Religionsfreiheit hat auch da ihre Grenzen, wo sie mit anderen verfassungsrechtlich
 492 geschützten Gütern kollidiert. „Keine Religion steht über dem Grundgesetz“
 493 bedeutet, dass Menschenwürde, Gleichberechtigung nach Art 3 GG, die Freiheitsrechte
 494 sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung unantastbar sind. Wir treten
 495 daher entschieden jeglichem religiösen Fundamentalismus entgegen, der diese
 496 Grundwerte in Frage stellt. Unsere entsprechende Präventionsarbeit werden wir
 497 intensivieren und Verstöße gegen unsere Gesetze konsequent verfolgen.

498 **Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten**

499 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere
 500 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus
 501 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes unter anderem im Bereich
 502 Salafismus fortführen und noch wirksamer ausrichten.

503 **Auf den Punkt**

- 504 • *Wir werden* Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 505 • Den Familiennachzug stärken
- 506 • Ehrenamt professionell entlasten und dadurch stärken und Selbstorganisation
 507 von Migrant*innen stärken,
- 508 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 509 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

510 **Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine**
511 **bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken**
512 **Rechtsstaat**

513 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe
514 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und
515 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf
516 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele
517 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer
518 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,
519 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir reklamieren in der
520 Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen – die
521 Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit
522 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

523 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.122: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

524 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur. Dennoch
525 beherrschen Meldungen über terroristische Bedrohungen , Übergriffe auf Frauen oder
526 organisierte Wohnungseinbrüche sicherheitspolitische Debatten – oft in
527 alarmistischer Tonlage. Viele Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von
528 konservativer bis rechtspopulistischer Seite wird diese Gefühlslage immer wieder
529 verstärkt, in der offenkundigen Absicht, aus Angst politisches Kapital zu schlagen.
530 Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen Bedrohungen, als auch die individuellen
531 Sorgen sehr ernst, wenden uns aber entschieden gegen populistische Stimmungsmache
532 oder gar Hetze. In Sicherheitsdebatten sind wir die Stimme der Vernunft und sorgen
533 dafür, dass bestehende Defizite schnellstmöglich abgestellt werden. Wir leisten
534 Widerstand, wenn Sicherheit nur vorgegaukelt und unsere Freiheit in
535 unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

536 **Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei**

537 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
538 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
539 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
540 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
541 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
542 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf
543 deutscher und europäischer Ebene. Wir wollen mehr Menschen mit
544 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
545 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
546 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinsätze im Innern, lehnen wir ab.
547 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit.

548 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.123: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

549 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
550 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
551 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
552 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
553 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
554 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Unsere Polizei machen wir fit für die
555 Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Wir wollen mehr Menschen mit
556 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
557 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
558 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinsätze im Innern, lehnen wir ab.

559 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit. Zudem brauchen
 560 wir eine bessere Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer
 561 Ebene nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien.

562 **Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter**

563 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll
 564 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall
 565 zielgerichtet durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung
 566 von „Hate Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist hierfür nur
 567 ein Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die
 568 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.
 569 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders
 570 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung
 571 erhöht die Sicherheit nicht, sie bindet dringend notwendige Kapazitäten und stellt
 572 eine zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung von 80 Millionen
 573 Bürger*innen dar. Maßnahmen wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die
 574 Online-Durchsuchung lehnen wir solange als unverhältnismäßige Eingriffe in die
 575 informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre Verfassungskonformität nachgewiesen
 576 ist.

577 **Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern**

578 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
 579 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
 580 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
 581 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
 582 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
 583 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
 584 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören die
 585 Förderung und Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, um
 586 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
 587 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

588 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.53: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

589 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
 590 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
 591 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
 592 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
 593 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
 594 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
 595 kriminalpräventiven Räte im Land ausbauen und die Prävention neu aufstellen. Dazu
 596 gehören Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnissen, um
 597 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
 598 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

599 **Unsere Grundrechte stärken**

600 Terroristen zielen auch auf unser Zusammenleben in offenen, demokratischen
 601 Gesellschaften. Denjenigen, die das Ziel verfolgen, unsere Freiheitsrechte
 602 einzuschränken, gehen wir GRÜNE nicht auf den Leim: Statt fortwährender
 603 Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau unserer
 604 Bürger*innenrechte.

605 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und
606 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze
607 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

608 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.
609 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive
610 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung
611 der Videoüberwachung.

612 *Alternativen Verfassungsschutz*

613 *Alternative 1*

614 **Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern**

615 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf
616 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der
617 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt
618 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von
619 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der
620 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise
621 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen
622 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen
623 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der
624 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle
625 Informationen zugänglich zu machen.

626 *Alternative 2*

627 **Den Verfassungsschutz umwandeln**

628 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU
629 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen
630 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die
631 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer
632 Gesellschaft sein. Wie viele Expert*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein
633 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,
634 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und
635 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem
636 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der
637 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

638 **Unabhängige und funktionsfähige Justiz**

639 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
640 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe
641 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr
642 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz
643 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu
644 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision
645 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen ohne die
646 richterliche Unabhängigkeit anzutasten. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in
647 der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren
648 Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

649 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.65: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

650 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
651 Entwicklungen zugewandte Justiz. Eine leistungsfähige Justiz braucht eine gute
652 personelle und technische Ausstattung. Um mehr Vertrauen in unsere Justiz zu
653 erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken. Dazu gehört die
654 Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu reformieren, moderne
655 Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision sowie eine
656 regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Mittelfristig streben
657 wir eine von der Regierung unabhängige, selbstverwaltete und demokratisch
658 legitimierte Justiz an. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung
659 verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit
660 ermutigen.

661 **Resozialisierung statt Repression**

662 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden
663 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,
664 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber
665 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die
666 Resozialisierung mit einem Resozialisierungsgesetz zu stärken.

667 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.66: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

668 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung. Eine gute Resozialisierung im
669 Strafvollzug ist der beste Schutz, damit Täter*innen nach ihrer Entlassung nicht
670 rückfällig werden. . Das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für
671 die Resozialisierung ist zu stärken.

672 **Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren**

673 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.
674 Besitzer*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,
675 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal
676 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik
677 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis
678 straffrei stellen.

679 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
680 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
681 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

682

683 **Entkriminalisierung weiterer Drogen**

684
685 Es ist auch über Cannabis hinaus Zeit für eine realistische Drogenpolitik. Durch
686 die bedarfsdeckende Einrichtung und Betrieb von sogenannten Fixerstube zur
687 kontrollierten Abgabe illegaler Drogen wie Heroin und Kokain an volljährige,
688 drogenabhängige Menschen werden Beschaffungskriminalität, Drogenhandel und
689 Drogentote reduziert. Wir erwarten zudem einen Rückgang der durch die Prohibition
690 verursachten Kosten, die von unserer Gesellschaft getragen werden, etwa für die
691 Durchführung von Strafverfolgungen, Gerichtsverfahren und für den Strafvollzug.
692 Gleichzeitig hoffen wir auf die Reduzierung von Einstiegsangeboten, dem so
693 genannten „Anfixen“ durch Drogenhändler*innen, da die volljährigen,
694 drogenabhängigen Menschen nicht mehr dauerhaft als Kundinnen und Kunden eingeplant
695 werden können.

696 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.50: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

697 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
 698 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
 699 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

700
 701 Glücksspiel im Netz regulieren

702
 703 Schleswig-Holstein muss im Verbund mit den anderen Ländern den
 704 Glücksspielstaatsvertrag reformieren. Onlineglücksspiel findet momentan in einer
 705 Grauzone statt. Wir wollen diesen Bereich regulieren und auch im Netz den
 706 Spielerschutz sicherstellen.

707 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.57: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

708 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
 709 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
 710 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.
 711 Drogenabhängige Menschen sollen staatlich reglementierten Zugang zu Drogen
 712 erhalten. Analog zu den in Schleswig-Holstein durch den Generalstaatsanwalt
 713 festgelegten Grenzwerte soll der Besitz von Kleinstmengen straffrei bleiben..

714 **Bürger*innenbeteiligung verbindlich machen**

715 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die
 716 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur
 717 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für
 718 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für
 719 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.
 720 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre
 721 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

722 Bürger*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die
 723 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder
 724 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor
 725 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

726 **Gesetze verständlich machen**

727 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.
 728 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im
 729 Internet abrufbar sein.

730 **Für eine bürgernahe Verwaltung**

731 Wir wollen interkulturelle Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen
 732 Datenschutz und bürgernahes Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung
 733 etablieren. Daher unterstützen wir es, wenn Fortbildungsprogramme für Verwaltungen
 734 auch Elemente wie interkulturelle Kompetenz, Kommunikation und Fragen der
 735 Konfliktbewältigung enthalten.

736 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der
 737 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die
 738 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

739 **Datenschutz stärken**

740 Wir GRÜNE verstehen Datenschutz als Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft.
 741 Mit einer freien Gesellschaft ist es nicht vereinbar, wenn Menschen selbst nicht
 742 wissen, wer, wann und was über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur

743 Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im digitalen Leben darf nicht auf
744 den Einzelnen abgewälzt werden. Transparenz und klare Auskunft darüber, was mit
745 persönlichen Daten geschieht, sind wichtig. In einer digitalen Welt ist es aber
746 ebenso wichtig, dass wir uns darauf verlassen können, dass es klare Regeln und eine
747 wirksame Kontrolle gibt. Darum setzen wir GRÜNE uns für das Grundrecht auf
748 Datenschutz als Schutzauftrag des Staates ein. Menschen haben ein Recht darauf,
749 dass ihre Daten nicht gespeichert, verarbeitet und verknüpft werden. Es ist Aufgabe
750 des Staates dieses Menschenrecht zu schützen, indem er die Verarbeitung von
751 personenbezogenen Daten angemessen beschränkt, wirksam kontrolliert und effektiv
752 durchsetzt - sowohl vor staatlicher als auch vor kommerzieller Datenverarbeitung.

753
754 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger*innen mit den
755 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit
756 Behörden zum Standard machen.

757 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger
758 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig einen besseren
759 Grundrechtsschutz in einer digitalen Welt durch höhere Datenschutzstandards
760 bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen stellen. Das Unabhängige
761 Landeszentrum für Datenschutz (ULD) wollen wir stärken, um auch kommenden
762 Herausforderungen im Datenschutz gerecht zu werden.

763 Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat so wenig über seine Bürger*innen weiß,
764 wie möglich, das heißt nur soviel und soweit es für seine Aufgabenerfüllung gerade
765 noch zwingend erforderlich ist. Es gilt daher auszuloten, wie eine Balance aus dem
766 Schutz der Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und datennutzendem
767 Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann.

768 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber*innen (so genannte
769 Whistleblower*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

770 **Kommunen zukunftsfähig aufstellen**

771 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders
772 kleinteilige Struktur. In kleinen Gemeinden werden viele Aufgaben hervorragend
773 erfüllt. Das zeigt z.B. die Integration der Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein haben
774 aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer komplexeren
775 Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig Aufgaben auf das
776 Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu lassen. Mit den Ämtern
777 haben sich oft effiziente, dynamische und bürgernahe Verwaltungen heraus gebildet.
778 Die Amtsausschüsse sind aber nicht direkt gewählt. Ihnen fehlt damit die
779 demokratische Legitimation. GZahlreiche Verwaltungsgemeinschaften und Fusionen
780 zeigen, dass die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein in Bewegung ist: Viele
781 Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen ihre
782 Aufgaben erfüllen zu können. Darin wollen wir sie unterstützen. Unser Ziel ist es,
783 kommunale Strukturen zu ermöglichen, in denen die Kommunen ihre Aufgaben umfänglich
784 selbst wahrnehmen können.

785
786 Beim Vorschlagsrecht für die Ausschussvorsitze sollen die von den
787 Gemeindevertretungen gewählten Bürgermeister*innen zukünftig angerechnet werden.

788 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in
789 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich
790 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

791 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
 792 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
 793 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
 794 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

795
 796 Um die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreter*innen zu erleichtern, wollen wir
 797 die Wahl von Vertreter*innen einführen, die bei Abwesenheit der
 798 Gemeindevertreter*innen diese im Gemeinderat und im Ausschuss vertreten können.

799
 800 Um die Findung von Kandidat*innen zu erleichtern, sollen künftig
 801 Gemeindevertreter*innen, die ihr Mandat niederlegen, wieder auf die Liste ihrer
 802 Partei oder Wählergemeinschaft kommen, so dass sie erneut nachrücken können, wenn
 803 ein*e andere Gemeindevertreter*in ihr Mandat niederlegt.

804
 805 Bei der Bürgermeisterwahl wollen wir die Präferenzwahl einführen, so dass sich ein
 806 zweiter Wahlgang erübrigt.

807 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.7: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

808 Um dorthin zu kommen, wollen wir die Amtsausschüsse künftig direkt wählen und so zu
 809 Amtsvertretungen weiterentwickeln. Anstelle der Amtsvorsteher*innen sollen
 810 hauptamtlich Amtsbürgermeister*innen direkt gewählt werden.

811 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.128: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

812 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
 813 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
 814 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
 815 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

816 **Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen**

817 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran
 818 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch
 819 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von
 820 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation
 821 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So
 822 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame
 823 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung
 824 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit
 825 großen Schritten voran.

826 **Demokratie@Digital**

827 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer
 828 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)
 829 digitalisieren und den Bedarf von Bürger*innen-Servicezentren für die Verwaltung
 830 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger*innen
 831 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie
 832 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene
 833 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.
 834 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von
 835 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des von uns novellierten
 836 Informationszugangs- und Transparenzgesetzes weiter vorantreiben.

837 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,
838 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

839

840 **Klarheit und Wahrheit**

841

842 Wir lehnen geheime inhaltliche Nebenabreden zu Koalitionsverträgen entschieden ab.

843 Mit uns wird es keine inhaltlichen Nebenabreden geben, unser Grundprinzip lautet

844 "Klarheit und Wahrheit".

845

846 Es bleibt unser Ziel, Politik transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Daher
847 werden wir zukünftig alle politischen Inhalte und die zwischen den Vertragspartnern
848 vereinbarten Regularien in die jeweiligen Kooperationsverträge und deren ebenfalls
849 öffentlichen Anhang aufnehmen. Davon ausgenommen werden dürfen nur Personalfragen.

850 Vor Erteilung solcher Ausnahmen in Personalfragen ist zumindest unsere

851 Landtagsfraktion zu beteiligen.

852 **Auf den Punkt**

- 853 • Wir werden unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken und fit
854 machen für das digitale Zeitalter
- 855 • uns weiterhin gegen Massenüberwachung und den Abbau von Freiheits- und
856 Grundrechten aussprechen
- 857 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und die Schaffung eines
858 Grundrechtministeriums auf die Tagesordnung setzen,
- 859 • den Verfassungsschutz reformieren
- 860 • auf eine ganzheitliche Kriminalprävention drängen und die Resozialisierung im
861 Strafvollzug stärken,
- 862 • den Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 863 • Bürger*innenbeteiligung ausbauen und kommunale Strukturen reformieren,
- 864 • kommunale Strukturen reformieren,
- 865 • Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- 866 • die länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

867 **Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist 868 unantastbar, das ist uns Verpflichtung**

869 Gewalttaten auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, Brandanschläge

870 auf Asylbewerber*innenheime nehmen immer weiter zu. Es ist geboten, dass wir uns

871 noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

872 Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken, antirassistische Bildungsarbeit zu

873 fördern und ausreichend Beratungszentren für Opfer rassistischer und

874 rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten. Wir wollen rassistischen Stammtischparolen

875 und rechter Gewalt entschieden entgegentreten, indem wir - ob nun im Internet, auf

876 offener Straße oder im Regierungsviertel -, uns immer klar gegen Rassismus und

877 Diskriminierung und Vielfalt und Toleranz aussprechen.

878 **Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken**

879 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive
 880 Antirassismuserbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll
 881 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.
 882 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler*innen auch über die deutsche
 883 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte
 884 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen
 885 und unterstützen sie.

886 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für
 887 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres
 888 regionales Beratungszentrum in Neumünster. Wir werden Beratungsstellen für Opfer
 889 rechter Angriffe stärker fördern und uns für ein flächendeckendes Angebot in
 890 Schleswig-Holstein einsetzen.

891 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.48: LTW-Programm - WELTOFFEN**

892 Wir fordern die bedarfsgerechte Aufstockung des von uns geschaffenen
 893 Landesprogramms für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in
 894 Schleswig-Holstein durch weitere Beratungszentren in Städten wie zum Beispiel
 895 Neumünster. Gerade an Orten, an denen es eine aktive rechtsextreme Szene gibt, muss
 896 es Beratungsstellen geben. Außerdem setzen wir uns für die finanzielle Aufstockung
 897 von staatlich unabhängigen Beratungsstellen und Initiativen, die sich bereits seit
 898 langer Zeit engagieren.

899 **Wir sind die Queer-Lobby**

900 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen
 901 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen
 902 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes
 903 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich
 904 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und
 905 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden
 906 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen
 907 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein
 908 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

909 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle
 910 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen
 911 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig
 912 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden
 913 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"
 914 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

915 **Junge Menschen beim Coming Out unterstützen**

916 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne
 917 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt", "Na sowas"
 918 und "HAKI" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden,
 919 Schulaufklärungsprojekte im ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und
 920 Fortbildung für den Umgang mit sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

921 **Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst**

922 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der
 923 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum
 924 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das

925 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg
926 entwickeln.

927 **Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen und Transsexuellen**

928 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch
929 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre
930 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des
931 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen
932 und die historische Aufarbeitung fördern.

933 **Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür**

934 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von
935 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen
936 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie
937 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und
938 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

939 **Auf den Punkt**

- 940 • *Wir werden* die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die
941 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 942 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und
943 die bestehenden ausbauen,
- 944 • antirassistische Bildungsarbeit an öffentlichen Schulen verstärken und
945 unterstützen,
- 946 • nichtstaatliche antirassistische Initiativen und Beratungsstellen
947 unterstützen,
- 948 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und
949 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 950 • Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher
951 Vielfalt in den Schulen voranbringen,
- 952 • sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung
953 verankern,
- 954 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 955 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

956 **Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams**
957 **zueinander bringen und Kreativität fördern**

958 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE
959 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,
960 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter
961 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über
962 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept
963 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

964 Nachhaltige und innovative kulturelle Infrastruktur schaffen
965 GRÜNE Kulturpolitik ist nachhaltig. Sie beruht auf dem Grundverständnis, nicht nur
966

967 in Kategorien wie Projektförderung zu denken, sondern Kultur als sinnvollen und
 968 elementaren Teil des Alltags zu begreifen und für Menschen heutiger und künftiger
 969 Generationen zugänglich zu machen. Erst das Erlernen und die Weitergabe von
 970 Kulturtechniken ermöglicht kulturelle Teilhabe. Auf kultureller Teilhabe beruhen
 971 Begegnungen jenseits etablierter Milieus und die Fähigkeit zur kreativen und
 972 innovativen Mitgestaltung unserer Lebenswelt.

973 Wir erkennen in der Verbindung von Kultur- und Sozialpolitik einen Schwerpunkt für
 974 ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln. Hierbei streben wir ein
 975 flächendeckendes und ortsbezogenes Handeln an, welches sich an den europäisch
 976 humanistischen Grundpositionen orientiert, ohne die örtlichen Gegebenheiten und
 977 Notwendigkeiten zu ignorieren. Gerade in den ländlichen Gemeinden und mittleren
 978 Städten wollen wir dem immer weiter fortschreitenden Ausbluten von kulturellen und
 979 sozialen Angeboten entgegenstehen und den Dialog mit den Bürger*innen vor Ort
 980 dauerhaft suchen.

981 **Kulturelle Vielfalt fördern**

982 Wir fördern den interkulturellen Dialog zugunsten einer vielfältigen kulturellen
 983 Landschaft. Projekte, die diesem Grundsatz folgen, werden wir zukünftig stärker in
 984 der Kulturförderung berücksichtigen. Beiräte und Jurys sollen alle
 985 gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch Migrant*innen und Neuzugewanderte
 986 abbilden..

987 **Freiräume schaffen**

988 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns
 989 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker*innen ein, für freies Theater
 990 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge
 991 Filmemacher*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt
 992 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur
 993 Kommunikation.

994 **Denkmalschutz weiterentwickeln**

995 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte
 996 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der
 997 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der
 998 Eigentümer*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der
 999 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder
 1000 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz
 1001 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft
 1002 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu
 1003 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein
 1004 Spiegelbild ihrer Zeit.

1005 **Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten**

1006 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in
 1007 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische
 1008 Bildungsfunktion zu. Sie stehen für eine lebendige Erinnerungskultur, die sich
 1009 dadurch auszeichnet, dass sie eine Brücke zur Gegenwart schlägt und so engagierte
 1010 gesellschaftliche Auseinandersetzung fördert.

1011 Historisches außerschulisches Lernen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu
 1012 ermöglichen erfordert die Entwicklung und Umsetzung besonderer methodisch-
 1013 didaktischer Konzepte, um Geschichte vor Ort erfahrbar und fühlbar zu machen. Nur

1014 so kann Erinnerungsarbeit in Demokratieförderung münden. Dabei kommt der
 1015 Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaft
 1016 Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e. V. (LAGSH) und der
 1017 jährlich stattfindenden Landesgedenkstättentagung eine besondere Bedeutung zu.
 1018 Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere Entwicklung der
 1019 Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden, nicht zuletzt
 1020 personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer mahnenden
 1021 Funktion gerecht werden können. Die Weiterentwicklung und Umsetzung des
 1022 Landesgedenkstättenkonzeptes unterstützen wir ausdrücklich.

1023 **Kulturelle Bildung fördern**

1024 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen
 1025 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir
 1026 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien
 1027 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler*innen.

1028 **Filmförderung als Aushängeschild**

1029 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es
 1030 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit
 1031 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

1032 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem
 1033 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

1034 **Kultur@Digital**

1035 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.
 1036 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung
 1037 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

1038 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrechts, die vor allen
 1039 anderen den Kreativen zu Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt
 1040 und das Ziel eines fairen Interessenausgleichs zwischen den beteiligten Akteuren
 1041 verfolgt. Die Verbreitung von Creative Commons Lizenzen (eine einfache Weise,
 1042 Nutzungsrechte für urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir.
 1043 Auch Werke, wie Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind
 1044 unter Creative-Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

1045 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.
 1046 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt
 1047 bereitstellen.

1048 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel
 1049 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

1050 _
 1051 Professionell organisierte eSports-Turniere (Videospiele) sollen unter die
 1052 staatliche Sportförderung fallen.

1053 **Auf den Punkt**

- 1054 • *Wir werden* den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe
 1055 sichern,
- 1056 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,

- 1057 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen
 1058 voranbringen,
- 1059 • Filmförderung stärken,
- 1060 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch
 1061 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

1062 **Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer**
 1063 **Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und**
 1064 **der Demokratie**

1065 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft, bestehend aus Zeitung,
 1066 Fernsehen, Radio und Internet, ist heute wichtiger denn je und Grundvoraussetzung
 1067 für eine lebendige Demokratie. Medien sichern Meinungsvielfalt, erklären
 1068 komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch Recherchen gesellschaftliche
 1069 Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen Rundfunk wie für die
 1070 privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und facettenreiche Medienlandschaft
 1071 sichern.

1072 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:
 1073 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt
 1074 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende
 1075 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

1076 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer
 1077 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der
 1078 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

1079 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem
 1080 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form
 1081 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im
 1082 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.
 1083 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

1084 **Journalistische Qualität fördern – analog wie digital**

1085 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich
 1086 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,
 1087 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für
 1088 Journalist*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat
 1089 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist*innen wie auch auf die
 1090 Meinungsvielfalt in unserem Land.

1091 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale
 1092 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die
 1093 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von
 1094 Kleinstverlagen.

1095 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich zahlreiche weitere Möglichkeiten
 1096 für einen neuen Bürger*innen-Journalismus und zur unabhängigen Information
 1097 hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst hierdurch auch die Notwendigkeit einer mit
 1098 dieser Entwicklung schritthaltenden Vermittlung von Medienkompetenz.

1099 **Medienkompetenz neu aufstellen**

1100 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025
 1101 soll für alle Schleswig-Holsteiner*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang

1102 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das
 1103 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine
 1104 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern
 1105 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-
 1106 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu
 1107 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH
 1108 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die
 1109 Verbraucherzentrale, aber auch die Einbeziehung all derjenigen, die sich in diesen
 1110 Prozess einbringen wollen.

1111 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle
 1112 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere
 1113 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

1114 Wir begrüßen es, wenn Bürger*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote
 1115 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der
 1116 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für
 1117 Bürger*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und
 1118 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

1119 **Rundfunkangebote zukunftsfähig machen**

1120 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon
 1121 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder
 1122 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass
 1123 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.
 1124 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online
 1125 abzurufen sind.

1126 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass
 1127 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich
 1128 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter*innen sitzen. Den Einfluss der
 1129 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

1130 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und
 1131 Minderheitensprachen ausstrahlt.

1132 **Auf den Punkt**

- 1133 • *Wir werden* einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-
 1134 Holstein erarbeiten,
- 1135 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- 1136 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte
 1137 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- 1138 • den Offenen Kanal stärken,
- 1139 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken
 1140 ausgeweitet wird.

1141 **Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und** 1142 **Herausforderungen annehmen**

1143 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,
 1144 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch
 1145 kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln

1146 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem
1147 wir die jeweiligen fachpolitischen Herausforderungen und unsere Antworten hierauf
1148 skizzieren. Unsere netzpolitische Bilanz der vergangenen Legislatur kann sich sehen
1149 lassen. Hierauf wollen wir aufbauen. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft
1150 werden wir auch weiterhin intensiv begleiten und netzpolitische Kompetenzen
1151 bündeln. Die digitale Agenda des Landes wollen wir mit allen Interessierten
1152 weiterentwickeln. Sie ist eine gute Grundlage. Darüber hinaus gibt es übergreifende
1153 netzpolitische Themen, die wir als GRÜNE ebenfalls weiter voranbringen wollen.

1154 **Digitalisierung in der Landesregierung**

1155 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises
1156 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der
1157 Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Das Thema Digitalisierung
1158 ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, hier wollen wir
1159 nachbessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der Landesregierung
1160 wahrgenommen und politisch aufgewertet werden. Gleichzeitig wollen wir die
1161 Koordinierung digitalpolitischer Themen verbessern und klare Verantwortlichkeiten
1162 schaffen.

1163 **Open Data**

1164 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen
1165 Bürger*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.
1166 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handels und
1167 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups. Dazu gehören unter
1168 anderem Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir
1169 den Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den
1170 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlansord.de/> sukzessive ausbauen. Gleich
1171 zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie
1172 vorlegen, die konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

1174 **Freie und quelloffene Software (FOSS) fördern**

1176 **Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software**
1177 **(Open-Source) ein. Sie bietet vielfältige Vorteile: Sie erhöht die Sicherheit,**
1178 **senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch eine stetige**
1179 **Weiterentwicklung durch die Nutzer*innen dem Gemeinwohl. Bei öffentlichen**
1180 **Beschaffungsmaßnahmen kann die Anschaffung von Open-Source-Software statt**
1181 **lizenzpflichtiger Produkte zu Einsparungen führen. Software, die eigens für**
1182 **öffentliche Einrichtungen entwickelt wird, soll grundsätzlich als Open-Source**
1183 **veröffentlicht werden.**

1185 **Der verstärkte Einsatz von freier und quelloffener Software ist gerade im**
1186 **schulischen und wissenschaftlichen Bereich wichtig. Wir wollen weg von Systemen,**
1187 **die nicht frei und quelloffen sind, deshalb setzen wir uns für einen verstärkten**
1188 **Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen**
1189 **Institutionen und der Verwaltung ein.**

1190 **Netzneutralität erhalten**

1191 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche
1192 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind
1193 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer*innen einen
1194 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wir werden uns auch weiterhin auf allen

1195 politischen Ebenen für die effektive Sicherung der Netzneutralität und gegen ein
 1196 „Zwei-Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer*innen priorisiert
 1197 werden, die mehr bezahlen können.

1198 **Daten- und Verbraucher*innenschutz stärken**

1199 Bei allen neuen Chancen, die uns das Internet zweifellos bietet, bringt es auch
 1200 neue Herausforderungen mit sich – vor allem für Menschen, die nicht mit dem Netz
 1201 aufgewachsen sind. Genauso aber für Verbraucher*innen. Wir können die digitalen
 1202 Potentiale nur dann voll ausschöpfen, wenn demokratische Grundpfeiler als Chancen
 1203 und nicht als Hindernisse verstanden werden. Das Recht auf digitale
 1204 Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-
 1205 Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzerinnen und Nutzer stehen für
 1206 uns im Mittelpunkt unserer Bemühungen für eine lebenswerte digitale Zukunft.
 1207 Gemeinsam mit vielen Verbündeten streiten wir für Innovation, Vertrauen und
 1208 Sicherheit im Netz. Hierzu gehört auch die Transparenz von Angeboten, übergroßer
 1209 Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, einen innovativen Datenschutz von
 1210 vornherein mitzudenken und IT-Sicherheit ganzheitlich anzugehen, beispielsweise,
 1211 indem wir durchgehenden Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard machen.

1212 **Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen**

1213 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.
 1214 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in
 1215 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit öffentlicher WLAN-Netze
 1216 abhängt, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel endlich
 1217 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine schnellstmögliche
 1218 Abschaffung der Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte
 1219 öffnen. Hiervon profitieren nicht nur Nachbar*innen, sondern auch Flüchtlinge und
 1220 die Wirtschaft. Die Freifunkbewegung unterstützen wir auch weiterhin und setzen uns
 1221 dafür ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

1222 **Smart Cities und Smart Regions**

1223 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.
 1224 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte
 1225 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der
 1226 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterchluss mit den Kommunen.

1227 **Auf den Punkt**

- 1228 • Wir werden die Digitale Agenda weiterentwickeln und gemeinsam in einem
 1229 partizipativen Prozess ausdifferenzieren,
- 1230 • für Netzneutralität sowie hohe Datenschutz- und Verbraucherstandards kämpfen
- 1231 • mit offenen Daten Demokratie und Wirtschaft in Schwung bringen,
- 1232 • die Störerhaftung abschaffen, Freifunk und freie und offene Software fördern
- 1233 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.

D 1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller*in: KV Nordfriesland, KV Flensburg, Aminata Touré, KV Kiel, Eka von Kalben, KV Pinneberg, Luise Amtsberg, KV Kiel, Steffen Regis, KV Kiel, Johannes Albig, KV Kiel, Ines Strehlau, KV Pinneberg, Beate Seifert, KV Pinneberg, Arfst Wagner, KV Schleswig-Flensburg

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Thema: Landtagswahlprogramm

- 1 Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein kritisieren das Rückführungsabkommen
- 2 der Bundesrepublik mit Afghanistan scharf!
- 3 In Afghanistan herrscht Krieg, wie der Anschlag von Masar-e-Scharif gezeigt hat,
- 4 gibt es dort faktisch schon lange keine sicheren Regionen mehr!
- 5 Menschen dorthin abzuschicken ist menschenrechtswidrig und durch Politik nicht zu
- 6 rechtfertigen!
- 7 Wir fordern eine Aufkündigung des Rückführungsabkommens und einen sofortigen
- 8 Abschiebestopp nach Afghanistan, denn Afghanistan ist nicht sicher, nirgends!
- 9 Zudem fordern wir, dass Afghanen genau wie z.B. Syrern Integrations- und
- 10 Sprachkurse zugänglich sind.

Begründung

Afghanistan ist nicht sicher, dort herrschen Krieg, Unterdrückung, Korruption und Willkür, genau so unsicher also, wie z.B. Syrien. Zudem ist das Land komplett mit seinen Binnenflüchtlingen überlastet und bietet keinerlei Perspektiven, was auch durch das mit der BRD geschlossene Rückführungsabkommen keinen Deut besser wird! Speziell Rückkehrer bzw. Abgeschobene sind in Lebensgefahr.

Wir möchten stattdessen, dass in Schleswig-Holstein alle geflüchteten Menschen ein Recht darauf haben, Sprach- und Integrationskurse zu besuchen, ohne Ansehen der Nationalität! Nur so ist eine schnellstmögliche Integration zu schaffen.

Integration und ein rücksichtsvoller, wertschätzender Umgang miteinander sind gleichermaßen wichtig für die Geflüchteten und das aufnehmende Land, daher sollten wir Schleswig-Holsteiner hier weiter mit gutem Beispiel vorangehen!

Begründung der Dringlichkeit

Nach dem Anschlag in Masar-e-Scharif am 10.11.2016 zeigt sich noch einmal ganz klar, dass Afghanistan KEIN sicheres Land ist, nicht einmal in den als sicher eingestuft und unter militärischer "Aufsicht" stehenden Gebieten.

Daher und weil zur Zeit nach Abschluß der Abkommen mit Afghanistan vermehrt in dieses zutiefst unsichere Land abgeschoben wird, halten wir es für absolut unerlässlich, zu diesem Thema deutlich Stellung zu beziehen!

Die aus Afghanistan Geflüchteten verdienen die selbe Unterstützung wie alle anderen aus Kriegsgebieten geflüchteten Menschen und haben ein Anrecht auf ein faires Asylverfahren, dessen Ergebnisse NICHT von Abkommen zwischen Staaten beeinflusst sein dürfen!

Asyl ist ein Menschenrecht und seine Gewährung kann nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden!

Unterstützer*innen

Uta Röpcke; Lasse Petersdotter; Anette Reinders; Wiebke Garling-Witt

V 1 Endlich noch bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse jetzt!

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge
Thema: Landtagswahlprogramm

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, fordern Landstromanschlüsse
2 insbesondere für unsere stark frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg.
3 Bisher setzt sich diese Technik nicht durch, weil die Stromversorgung der im Hafen
4 liegenden Schiffe mit schmutzigem Schiffstreibstoff billiger ist. Der
5 Schiffstreibstoff enthält bis zu 3,5% Schwefel und ist damit bis zu 3.500 mal so
6 schwefelhaltig wie LKW-Diesel. Daher werden wir neben finanziellen Zuschüssen des
7 Landes auch weitere Möglichkeiten prüfen und die besten davon umsetzen, um die
8 Einrichtung und Nutzung von Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und
9 Flensburg insbesondere für Kreuzfahrtschiffe verbindlich zu machen.
- 10 Diese Maßnahmen sollten trotz der damit verbundenen Kosten schnellstmöglich,
11 zumindest aber in der Legislatur 2017-2022, umgesetzt werden, um das Zieldreieck
12 Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im Bereich der Häfen bestmöglich zu
13 realisieren und die Anwohner*innen und Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu
14 belasten.

Begründung

Kieler Hafen begräbt Pläne für Landstrom

Der Kieler Seehafen hat seine Pläne für Landstrom allerdings erstmal zu den Akten gelegt. Der Hafen müsste dafür Millionen investieren, sagt Hafensprecher Ulf Jahnke - die Nachfrage sei aber nicht da. Schließlich sei Landstrom für die Reeder deutlich teurer als Kraftstoff. Für das Umweltbundesamt kein schlagkräftiges Argument. "Der Hafen hätte es ja in der Hand, es zur Auflage zu machen: 'Wer in unserem Hafen liegen will, muss Landstrom nutzen'", sagt UBA-Experte Lars Mönch.

Quelle: NDR, 25.04.2016, Link:

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Traumurlaub-auf-See-Albtraum-fuer-die-Luft,schiffsabgase110.html>

Unterstützer*innen

Dennis Mihlan; Hans-Jürgen Bethe

V 2 Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge
Thema: Landtagswahlprogramm

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, werden uns für ein Förderprogramm
- 2 stark machen, mit dem jährlich mindestens 50 Elektrobusse für den ÖPNV mit bis zu
- 3 50% des Anschaffungspreises durch das Land Schleswig-Holstein gefördert werden.
- 4 Dieses Programm werden wir zunächst die kommenden 5 Jahre laufen lassen, wodurch
- 5 bis zu 250 Elektrobusse unsere gute Luft spürbar entlasten werden. Durch den
- 6 Entfall der Dieseltankung und die damit verbundenen Einsparungen rechnet sich
- 7 dieses Modell auch für die beteiligten ÖPNV-Dienstleister.

Begründung

Köln: Die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) haben am 11.07.2014 den Kaufvertrag über acht Elektrobusse des Herstellers VDL Bus & Coach unterzeichnet. Die batteriebetriebenen, 18 Meter langen, Gelenkbusse werden im Sommer und Herbst 2015 geliefert und sollen dann auf der KVB-Linie 133 eingesetzt werden. Für den Erwerb der Busse, die Anpassung der Infrastruktur in der Buswerkstatt und die wissenschaftliche Beraterleistung wendet die KVB etwa sechs Millionen Euro auf, von denen ein Teil durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert werden wird. Die KVB ist eines der ersten Verkehrsunternehmen in Deutschland, die E-Mobilität im Betrieb einer gesamten Linie einführen. Und sie ist das erste Unternehmen, das batteriebetriebene Gelenkbusse einsetzt.

Die E-Busse bieten, genauso wie die konventionellen Gelenkbusse der KVB, den Fahrgästen 48 Sitz- und 110 Stehplätze. Sie besitzen drei Türen und sind durchgängig barrierefrei. Für den Fahrgast besteht kein Unterschied in der Nutzung der Busse. Im Stadtbild fallen VDL-Busse jedoch durch ihr typisches Außendesign auf, das sich von den Bussen anderer Hersteller unterscheidet.

E-Mobilität ist eine wesentliche Entwicklung im ÖPNV. Im Busbetrieb werden elektrische Antriebe zukünftig den Antrieb auf Dieselmotor ablösen. Hierfür bestehen verschiedene Gründe: Durch die weltweit steigende Nachfrage nach Kraftstoffen auf Rohölbasis steigt der Preis des Diesels kontinuierlich an. Im Jahr 2013 wendete die KVB durchschnittlich 1.095 Euro je 1.000 Liter Diesel auf. In 2005 waren es noch durchschnittlich 850 Euro, im Jahr 2010 950 Euro. Ziel der KVB ist es, die Verkehrsleistung von der Dieselpreis-Entwicklung zu entkoppeln, um noch wirtschaftlicher arbeiten zu können. Zudem erwartet die KVB sinkende Instandhaltungskosten ihrer Busflotte, da bei

vollelektrischen Antrieben zum Beispiel die aufwändige Wartung der Technik zur Abgasnachbehandlung entfällt. Des Weiteren ist E-Mobilität im Busverkehr ein wesentlicher Lösungsansatz für die Aufgaben des Klima- und Umweltschutzes. (...)

Quelle: <http://www.omnibusvertrieb-ost.de/testberichte/KVBerwirbt8E-Busse.pdf>

V 3 Fischerei ohne Grundschleppnetze und Stellnetze

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge
Thema: Landtagswahlprogramm

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein stellen fest:
- 2 Das Fischen mit Grundschleppnetzen und Stellnetzen sollte mittelfristig nicht mehr
- 3 erlaubt werden.
- 4 Zunächst und dringend schon kurzfristig muss diese schädliche Art des Fischfangs in
- 5 den ufernahen Flachwasserbereichen der Ostsee bis zu einem Abstand von 3.000m (rund
- 6 1,6 Seemeilen) zur Küste und in mindestens 11 der Tidebecken der Nordsee
- 7 eingestellt werden, damit sich dort die Fischbestände und der Meeresboden erholen
- 8 können.
- 9 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig, weil die Grundschleppnetzfisherei den
- 10 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
- 11 abrasiert und dadurch ökologisch runiniert, selbst im Nationalpark Wattenmeer. In
- 12 langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen verfangen sich auch in
- 13 der Ostsee Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale
- 14 ersticken und Vögel ertrinken dadurch. Wirtschaftliche Härten für die betroffenen
- 15 regionalen Fischer sollten finanziell in Form von Umstiegs-und/oder Ausstiegshilfen
- 16 aufgefangen werden.

Begründung

„Das Bundesumweltministerium argumentiert so: Mit teils tonnenschweren Grundschleppnetzen werde der Meeresboden bis zu 20 Mal im Jahr umgepflügt, um Fische aufzuscheuchen und im Netz zu fangen. Darunter litten Muscheln, Schnecken und Seeigel, das Meeresökosystem werde dauerhaft geschädigt. In langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen wiederum verfangen sich Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale ersticken und Vögel ertrinken.“ Quelle: <http://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/fangverbot-plaene-in-der-nordsee-robot-habeck-will-krabbenfischern-helfen-id13082206.html>

„NABU fordert naturverträglichere Fangmethoden

Stellnetze: Gefahr für Seevögel und Meeressäuger“ Quelle: <https://schleswig-holstein.nabu.de/natur-und-landschaft/aktionen-und-projekte/stellnetzfisherei>

„Grundschleppnetze

Für den Fang von Plattfischen und Krebsen werden Grundschleppnetze eingesetzt. Hierbei pflügen schwere Ketten und Balken (Baumkurren) über den Meeresgrund und scheuchen die Fische auf. Die fliehenden Fische werden von einem trichterförmigen Netz "eingesammelt", das sich hinter den Ketten befindet. Diese Fangmethode hinterlässt große Schäden am Meeresboden und hat einen hohen Anteil an Beifang. Besonders große Schäden richtet diese Fangmethode an Riffen aus. Das Ausmaß der Zerstörungen ist abhängig von der Häufigkeit der Befischung und dem Gewicht der Baumkurren. Manche Meeresgebiete der Nordsee werden jährlich bis zu 20mal regelrecht umgepflügt. Der BUND fordert daher ein grundsätzliches Verbot von Grundschleppnetzen.“

Quelle:

http://www.bund.net/themen_und_projekte/meeresschutz/belastungen/fischerei/fangmeth-oden/

Unterstützer*innen

Dennis Mihlan; Sven Radestock; Hans-Jürgen Bethe

V 4 Naturschutzflächen bewahren – keine Ausnahmeregelungen für den Bau von Flüchtlingsunterkünften auf Naturschutzflächen

Antragsteller*in: Dennis Mihlan (KV Plön)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

1 Wir, Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein nehmen die Vereinbarungen und
2 Zielsetzungen des Flüchtlingspaktes für Schleswig-Holstein beim Wort: Die Verteilung
3 von Geflüchteten innerhalb der Kreise in den kreisangehörigen Bereich soll
4 gesteuert erfolgen, indem sie primär an den örtlichen Gegebenheiten und Bedarfen
5 ausgerichtet und nicht wie bislang vorrangig anhand des Einwohnerschlüssels
6 berechnet wird.

7 Wenn dringendenbenötigte Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in einer Kommune
8 auch unter Anwendung der Sonderregelungen der Absätze 8 bis 13 des § 246
9 Baugesetzbuch (BauGB) nicht rechtzeitig errichtet werden können, muss das Land
10 Schleswig-Holstein regulatorisch in den geltenden Verteilschlüssel eingreifen. In
11 diesen Fällen muss zwingend eine anderweitige Unterbringung im zuständigen Kreis
12 geprüft werden. Ist auch diese Prüfung nicht erfolgreich ist landesweit zu prüfen.

13 Wir müssen zudem klare programmatische Signale senden, dass der Eingriff in Flächen
14 des Naturschutzes und/oder der Landschaftspflege keine Lösung für die
15 vermeintlichen Probleme der Unterbringung Geflüchteter sein kann. Vielmehr müssen
16 wir darauf hinwirken, dass die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen
17 Asylsuchenden in lebendigen Quartieren und Gemeinschaften erfolgt. So funktioniert
18 Integration besser als auf der grünen Wiese und wir wirken weiteren Eingriffen in
19 unsere schützenswerte Natur entgegen.

Begründung

Einführung

Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zum Höhepunkt im Jahr 2015 deutlich zurückgegangen, der Zuzug von Geflüchteten hält aber nach wie vor an. Wie sich die Lage angesichts der andauernden Konflikte und der Perspektivlosigkeit vor allem in Staaten des Nahen Ostens und in Afrika weiter entwickelt ist schwer vorzusagen. Die Menschen, die unser Land nach ihrer Flucht erreichen, brauchen unsere Hilfe und Unterstützung und sie brauchen vernünftige, menschenwürdige Unterkünfte, im Idealfall in intakten, gemischten Quartieren – nur so kann Integration auf beiden Seiten gelingen.

Was wir **alle** brauchen ist eine intakte Natur. Diese gilt es zu schützen und zu bewahren, so dass die natürliche Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen dauerhaft erhalten bleibt.

Problemdarstellung/Begründung

Durch die mit Artikel 6 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vollzogene Änderung des Baugesetzbuches (BauGB), insbesondere des § 246 BauGB, ist es nunmehr möglich, in bestimmten Fällen von den Regelungen des Baugesetzbuches abzuweichen. Im speziellen sehen die Sonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte vor, dass, wenn dringend benötigte Unterkunftsmöglichkeiten im Gebiet einer Gemeinde nicht oder nicht rechtzeitig hergestellt werden können, diese gem. § 246 (14) BauGB auch auf Naturschutzflächen und auf Flächen der Landschaftspflege errichtet werden können. Die im Baugesetzbuch definierten Vorschriften zum Umweltschutz und die Verweise auf das

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) wie zum Beispiel die Berücksichtigung der Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und die biologische Vielfalt (Biodiversität) werden ausgehebelt und die Entscheidung per Gesetz auf die zuständige höhere Verwaltungsbehörde delegiert. Dieses ist für die allermeisten Kommunen in Schleswig-Holstein der entsprechende Landkreis. In der Regel sollte dort die gewöhnlich damit befasste Untere Naturschutzbehörde (UNB) zuständig sein, qua Amt hat aber die entsprechende Landrätin bzw. der entsprechende Landrat als oberste Kommunalbeamtin bzw. oberster Kommunalbeamter und vorgesetztes Organ der UNB das letzte Wort – auch gegen ein eventuell anders lautendes Votum der Fachleute der UNB.

Der Bau von Unterkünften auf Naturschutzflächen stellt einen irreparablen Schaden an den betroffenen Flächen dar. Auch die gesetzlich verankerte Verpflichtung zum Rückbau eben solcher Unterkünfte, auch in „mobiler“ Herstellungsweise, kann den angerichteten Schaden nicht wieder beheben. Gewachsene Natur lässt sich nicht einfach durch das Verfüllen einer Baugrube und ein paar Anpflanzungen wieder in den Ursprungszustand zurück versetzen, einmal zerstörte Natur ist auf lange Zeit für den Naturhaushalt verloren. Zudem ist absehbar, dass sich Lärm- und Lichtemissionen nachteilig auf die Fauna im gesamten Schutzbereich auswirken. Temporäre Entlassungen aus dem Naturschutz können nicht die Lösung für eine vermeintliche Flächenknappheit sein. In der Regel sind ausreichend Flächen für Flüchtlingsunterkünfte in bereits ausgewiesenen oder geplanten Baugebieten vorhanden oder durch Nachverdichtung oder Nutzungsänderungen im Innenbereich zu erschließen. Hier eröffnen die neuen Erleichterungen im Bauplanungsrecht eine Vielzahl an Möglichkeiten und vergrößern den Handlungsspielraum der Kommunen gewaltig. Dort könnte nachhaltiger Wohnungsbau erfolgen und die i. d. R. öffentlichen Gelder wären zukunftsorientiert investiert. Alternativ könnten so erschlossene Flächen im Innenbereich nach der Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete rentabel veräußert werden.

Außerdem, und darauf zielt dieser Antrag ebenfalls ab, ist es fraglich in wieweit der Schutzstatus einer Fläche nach so einer Maßnahme überhaupt noch gegeben ist und ob dann nicht die Unterbringung von Flüchtlingen als Einfallstor für die Erschließung und den Bau auf Naturschutzflächen dient. Viele Flächen, auf denen die Bebauung nach geltender Gesetzeslage nun möglich wäre, sind besonders attraktiv und schon lange im Fokus von Gemeinden und Investoren. Die Problematik rund um die Unterbringung von Geflüchteten darf nicht der Türöffner für den Zugriff auf bisher nicht erschließbare Flächen sein.

Der Begriff Naturschutzfläche ist gewollt so weit gefasst, da es explizit nicht nur um Areale innerhalb von Naturschutzgebieten (NSG) gem. Bundesnaturschutzgesetz geht, sondern auch um sonstige Flächen des Naturschutzes wie zum Beispiel (gesetzlich geschützte) Biotopverbundsysteme, besonders geschützte Landschaftsteile, Reservate und Pufferzonen zu Schutzgebieten sowie Flächen der Landschaftspflege (LSG) in denen entsprechende Eingriffe im Normalfall regelmäßig durch die UNB versagt werden.

Unterstützer*innen

Susanne Elbert (KV Plön), Dr. Ulrich Markmann-Mulisch (KV Plön), Monika Petermann (KV Plön), Gerd Dreßler (KV Plön), Regina Jaeger (KV Plön)